



Inhaltsverzeichnis

Türkei	Seite 01 bis 08
Irak	Seite 08 bis 14
Iran	Seite 14
Syrien	Seite 14 bis 16
Libanon	Seite 16
Schweiz	Seite 17
Publikationen	Seite 17 bis 19
Impressum	Seite 19

Türkei:

Haci Orman verhaftet

Istanbul - Haci Orman, Vorsitzender des Kulturinstituts BEKSAV und Berater unserer Zeitung, wurde heute mit Gewalt in Kadiköy, Istanbul verhaftet. Der Verhaftung -und Freiheitsstrafenterror auf Grund des neuen Antiterrorgesetzes begann im September letzten Jahres und dauert an.

Haci Orman wurde heute um 13:45 nahe der Bank YP Bankasi in Kadiköy, Istanbul gekidnappt. Augenzeugen berichteten, nachdem ihm Handschellen angelegt wurden, zwang man ihn, in ein Auto der Marke „Beyaz Sahyn“ mit dem Kennzeichen 34EC933 einzusteigen. Orman wehrte sich gegen seine Verhaftung, rief dabei laut seinen Namen und seinen Berufsstand, und dass er gekidnappt würde. Daraufhin benachrichtigten die Augenzeugen sofort den Menschenrechtsverein IHD über den Vorfall.

Orman befindet sich zurzeit in der Antiterrorabteilung in der Vatanstraße.

Es wird behauptet, dass man ihn nach seit dem Septemberterror suchte. Vor wenigen Monaten wurde Osman in Kadiköy mit Waffen bedroht und von Antiterrorabteilungen gejagt.

Dieser Fall von Kidnapping, der genau nach dem Mord an Hrant Dink geschah, ist ein weiteres Glied in der Kette von Überfällen auf Intellektuelle. Mit diesen neuen Angriffen möchte der Staat die Wahrheit über den Mord verstecken, versucht die soziale Opposition, Intellektuelle, Gewerkschaften und Arbeiter „mundtot“ zu machen.

Notruflinie ist eingerichtet

Unmittelbar nach dem Überfall gaben BEKSAV und die Sozialistenplattform für Unterdrückte (ESP) Presserklärungen heraus, in denen sie gegen die Verhaftung von Haci Orman protestierten. Demokratische Großorganisationen, Handelsvereinigungen und politische Parteien drängen auch zu Aktionen um ihre Solidarität zu zeigen. Die Notruflinie legt Wert darauf, dass diese Verhaftungsüberfälle mit Aktionen und Protesten beantwortet werden müssen und wird morgen um 12:30 eine Press-

erklärung vor dem Büro der AGOS Zeitung organisieren.

BEKSAV hat eine Erklärung herausgegeben indem die Institution gegen die Verhaftung protestiert und gibt morgen um 11.00 Uhr vor dem Menschenrechtsverein IHD eine Presseerklärung heraus.

Gestern wurde Duriye Sezgin verhaftet

Duriye Sezgin, Gründungsmitglied der Gewerkschaft für Arbeiterinnen (EKD) wurde gestern auf Grund der seit dem 8.September gültigen neuen Antiterrorgesetzes verhaftet.

Sezgin wurde gestern Abend von Mitgliedern der Antiterrorabteilung in Birinevler, Istanbul verhaftet, unter dem Vorwand, ihr Name sei seit dem 8.September auf der „schwarzen Liste“ der Polizei. Sie befindet sich noch immer in der Antiterrorabteilung in der Vatanstraße .

Sezgin Rechtsanwältin Mihriban Kyrdök erklärte gegenüber unserer Zeitung, dass sie Sezgin gestern Abend sprechen konnte. Kyrdök sagte, dass wenn die Vernehmung heute Abend beendet wäre, ihre Klientin morgen der Staatsanwaltschaft überstellt würde. (Quelle: www.atilim.org/haberler, 31.01.2007)

Verfahren gegen Religionsbeamte

Der Staatsanwalt in Diyarbakir eröffnete ein Verfahren gegen die Religionsbeamten im Ruhestand Abdulbari Tiryaki and Mehmet Gonden, welche die PKK zu einem Waffenstillstand aufgerufen hatten. Die Anklageschrift fordert, dass die Angeklagten nach Artikel 7/2-3 des Anti-Terror-Gesetzes wegen „ Propaganda für eine illegale Organisation“ verurteilt werden. (Quelle: *Gündem*, 06.02.07)

Türkei warnt die USA

Armenien-Resolution des Kongresses als Streitfall.

Ankara/Washington. Die Weigerung Ankaras, das türkische Vorgehen gegen Armenier im Ersten Weltkrieg als Völkermord anzuerkennen, hat den Besuch von Außenminister Abdullah Gül in Washington überschattet. Gül erklärte in einer Pressekonferenz, die bilateralen Beziehungen würden schweren Schaden nehmen, falls der US-Kongress seine geplante Armenien-Resolution verabschiede. Diese enthält die klare Aussage, dass die seinerzeitige Tötung von etwa 1,5 Millionen Armeniern Völkermord gewesen sei.

Gül betonte, dass selbst eine nicht bindende Resolution einen Rückschlag für die ansonsten enge Kooperation der USA und der Türkei markieren würde. Die Regierung von Präsident George W. Bush hat sich mit Blick auf die bilateralen Beziehungen offen gegen die geplante Armenien-Resolution ausgesprochen.

Der Schweizer Innenminister, Pascal Couchepin, plädierte bei einem Treffen mit dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan für eine

internationale Historikerkommission in der Armenierfrage. Couchepin sagte, es wäre ihm lieber, in der Schweiz würden die Massaker an den Armeniern als solche bezeichnet und nicht als Völkermord. In der Schweiz anerkennen einige Kantonsparlamente und der Nationalrat den Völkermord an den Armeniern, nicht aber die Regierung.

(Quelle: Wiener Zeitung, 07.02.07)

Gerichtsverfahren gegen Bürgermeister

Ein Gerichtsverfahren wurde gegen den Bürgermeister von Diyarbakir Osman Baydemir eröffnet, weil er den Buchstaben „w“ auf der Neujahrskarte verwendet hatte. Der Fall ereignete sich am 6. Februar. „Glückliches Neues Jahr“ war auf der Karte in kurdisch geschrieben. Die Anklageschrift fordert, dass Baydemir nach Artikel 222 TStG wegen Verletzung des Gesetzes zu Neuen Türkischen Buchstaben und der Benutzung des Neuen Alphabets verurteilt wird. (Quelle: ANF, 07.02.07)

Journalisten festgenommen

Kemal Aydeniz, der frühere Besitzer und Herausgeber der Zeitschrift Odak, wurde am 6. Februar festgenommen. Aydeniz wurde an dem Tag festgenommen, an dem das Urteil gegen ihn rechtskräftig wurde. Aydeniz war im Zusammenhang mit seinem Aufsatz mit dem Titel „F-Typ-Druck und Isolation wird nicht aufhören“ und „Wir wollen keine F-Typ-Todesfälle“ zu insgesamt 10 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Der Journalist Sinan Kara wurde am 3. Februar festgenommen und danach inhaftiert. Kara wurde Berichten zufolge wegen der Gefängnisstrafe inhaftiert, die er während der Zeit erhielt, als er der Besitzer der Zeitschrift „Datca Haber“ war.

(Quelle: Atilim-BIA, 08.02.07)

Völkermord-Vorwurf: Türkei warnt US-Kongress vor Armenien-Resolution

Washington - Die Weigerung Ankaras, das türkische Vorgehen gegen Armenien im Ersten Weltkrieg als Völkermord anzuerkennen, hat den Besuch von Außenminister Abdullah Gül in Washington überschattet. Gül erklärte am Dienstagabend auf einer Pressekonferenz, die bilateralen Beziehungen würden schweren Schaden nehmen, falls der US-Kongress seine geplante Armenien-Resolution verabschiede.

Diese enthält die klare Aussage, dass die seinerzeitige Tötung von etwa 1,5 Millionen Armeniern Völkermord seitens der Türkei gewesen sei. Gül betonte, dass selbst eine nicht bindende Resolution einen Rückschlag für die ansonsten enge Kooperation der USA und der Türkei markieren würde. Denn andererseits herrsche Einvernehmen in den Bemühungen, dem Irak Stabilität zu bringen, die Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und die Energiequellen in Asien mit den europäischen Märkten zu verbinden.

US-Außenministerin Condoleezza Rice würdigte die Türkei als wichtigen strategischen Partner der USA. Die Regierung von Präsident George W. Bush hat sich mit Blick auf die bilateralen Bezie-

hungen offen gegen die geplante Armenien-Resolution des Kongresses ausgesprochen.

(Quelle: AP, 07.02.07)

Sarkozy schlägt Gründung von "Mittelmeer Union" vor: Türkei soll 'wichtige Stütze' sein

Der französische Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy will sich im Fall seines Wahlsiegs für die Gründung einer Union der Mittelmeer-Anrainerstaaten stark machen. Frankreich müsse gemeinsam mit Portugal, Spanien, Italien, Griechenland und Zypern die Initiative zur Gründung einer "Mittelmeer-Union" ergreifen, so wie es einst beim Aufbau der Europäischen Union mitgewirkt habe, sagte Sarkozy bei einer Rede vor rund 10.000 Menschen in Toulon. Die Türkei als "große Mittelmeer-Nation" müsse eine wichtige "Stütze" einer solchen Union werden, betonte der konservative Politiker. Sarkozy äußerte sich nicht dazu, welche Länder der Union angehören sollten. Eine gemeinsame Umwelt- und Entwicklungspolitik und ein gemeinsames Vorgehen im Kampf gegen Korruption und Terrorismus sollen nach den Vorstellungen Sarkozys zentrale Säulen der "Mittelmeer-Union" bilden. Frankreich müsse im Rahmen der Union seine Politik im arabischen Raum überdenken und gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten für einen Frieden im Nahen Osten arbeiten. Einen Beitritt der Türkei zur EU lehnte Sarkozy erneut ab. Europa könne sich nicht immer weiter vergrößern, wenn es seine Identität bewahren wolle, betonte der Präsidentschaftskandidat der UMP.

(Quelle: Networld.at, 09.02.07)

Umfrage zeigt wachsenden Nationalismus in Türkei

In der Türkei sind vor den Parlamentswahlen einer Umfrage zufolge die nationalistischen Kräfte weiter auf dem Vormarsch.

Die bisher nicht im Parlament des EU-Beitrittskandidaten vertretene ultra-rechte Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) werde wohl als drittstärkste Kraft aus den Wahlen hervorgehen, ging aus einer am Freitag veröffentlichten Umfrage der Universität Selcuk in Konya hervor. Sie käme auf 14,2 Prozent der Stimmen.

Die oppositionelle Republikanische Volkspartei (CHP), die ebenfalls nationalistische Ansichten vertritt, käme mit 15,5 Prozent der Stimmen auf Platz zwei. Stärkste Partei mit 31,6 Prozent würde die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) von Ministerpräsident Tayyip Erdogan. Die Parlamentswahl muss bis spätestens November abgehalten werden.

In der Umfrage, die in mehreren Zeitungen veröffentlicht wurde, sprach sich zudem mehr als die Hälfte der Befragten gegen die Abschaffung des Gesetzes aus, dass die „Beleidigung des Türkentums“ unter Strafe stellt. Der Paragraph wird von der Europäischen Union scharf kritisiert.

Er wurde von der Justiz wiederholt dafür herangezogen, Kritiker des türkischen Umgangs mit dem Massenmord an den Armeniern im Ersten Welt-

krieg zu bestrafen, darunter auch Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk und den jüngst ermordeten armenisch-türkischen Journalisten Hrant Dink. Der geständige Todesschütze, ein 17-Jähriger, handelte eigenen Angaben zufolge aus nationalistischen Motiven. Die Türkei bestreitet, dass es sich bei dem Massenmord um einen Völkermord gehandelt hat.

Die Umfrage beteiligten sich den Angaben zufolge 7325 Menschen in 43 Städten. Andere Erhebungen hatten in den vergangenen ein ähnliches Bild gezeichnet. (Quelle: *Stol.it*, 09.02.07)

Deutscher Staatsbürger in der Türkei verurteilt

In einer **Presseerklärung** der Rechtsanwältinnen Antonia von der Behrens und Barbara Wessel vom **6.2.07** heißt es dazu:

Am 16.03.2006 waren in der Türkei nach fast vierjähriger Verfahrensdauer der deutsche Staatsangehörige Mehmet Desde und der in Berlin lebende Mehmet Bakir nach einem gegen sie und weitere Beschuldigte geführten rechtsstaatswidrigen Verfahren von dem Landgericht in Izmir wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu 2,5 Jahren Haft und Geldstrafe verurteilt worden.

Diese Entscheidung wurde jetzt durch ein Urteil des Kassationsgerichts in Ankara vom 25.12.2006 bestätigt, obwohl selbst die Generalstaatsanwaltschaft Freispruch gefordert hatte.

Die Verurteilung beruht allein auf unter Folter erpressten Aussagen anderer Angeklagter und völlig legalen linken Zeitungen, Flugblättern und Aufklebern, die bei Hausdurchsuchungen gefunden wurden und als Beweismittel dienten. Mehmet Desde und Mehmet Bakir waren am 9. Juli 2002 in der Türkei festgenommen worden und hatten bei den anschließenden Verhören durch die politische Polizei trotz physischer und psychischer Folter keine Angaben gemacht. Mehmet Desde, Mehmet Bakir und drei Mitangeklagte kamen in Untersuchungshaft, wo sie bis zu sechseinhalb Monate blieben. Seit ihrer Entlassung im Januar 2003 besteht gegen die beiden ein Ausreiseverbot. (...)

Die so genannten Geständnisse von Mitangeklagten, in denen sie als Mitglieder der Organisation Bolschewistische Partei Nordkurdistan-Türkei beschuldigt wurden, wurden vor Gericht mit deutlichem Hinweis auf Folter widerrufen. Nachdem die Anklage 2002 zunächst auf Mitgliedschaft in bzw. Unterstützung einer bewaffneten Bande nach den §§ 168, 169 StGB lautete, musste dieser Vorwurf schon zu Beginn der Verhandlung fallen gelassen werden:

Die Organisation, deren Mitglieder die Angeklagten sein sollten, war selbst nach Polizeiangaben lediglich durch einige wenige Flugblattaktionen und das Anbringen von Aufklebern in Erscheinung getreten. Darin war der Kampf für eine neue sozialistische und kommunistische Weltordnung propagiert und die Arbeiter und Werktätigen aufgerufen worden, sich zu organisieren. Von einer bewaffneten Bande konnte absolut nicht die Rede sein, was selbst das

Gericht einsehen musste und den Vorwurf auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach Art 7 Antiterrorgesetz (ARG) verlagerte. Eine Organisation ist danach eine terroristische, wenn sie mit Methoden wie "Drohungen und Einschüchterung" arbeitet und die Propaganda für eine solche Organisation muss einen Aufruf zu terroristischen Taten enthalten.

Dieser Nachweis wurde vom Gericht nie erbracht. Dennoch verurteilte das Gericht in Izmir, damals noch als Staatssicherheitsgericht die Angeklagten im ersten Verfahrensdurchgang als Gründer und führende Mitglieder einer terroristischen Organisation. (...) Das Urteil zeigt auch, dass die als Reformen bezeichneten Gesetzesänderungen in der Türkei, in deren Zuge auch einige gegen die Opposition zielende Bestimmungen abgeschafft wurden, keineswegs eine tatsächliche Verbesserung bedeuteten. (Quelle: *Rote Fahne*; 15.02.07)

Proteste gegen „Tal der Wölfe“

Polat Alemdar wollte wieder für die Ehre der Türkei kämpfen, doch die Türken sind nicht sonderlich begeistert. Im letzten Jahr räumte der türkische Geheimagent in dem umstrittenen Actionfilm „Tal der Wölfe“ bei den US-Besatzungstruppen in Nordirak auf. Jetzt begann in der Türkei eine neue Fernsehserie der „Wölfe“, in der Agent Alemdar gegen angebliche innere Feinde zu Felde ziehen will – gegen Kurden.

Doch dem Rambo schlägt unerwarteter Widerstand entgegen: Bei der türkischen Fernsehaufsicht gingen fast 14 000 Beschwerden ein. Die Behörde prüft zusammen mit dem ausstrahlenden Privatsender eine vorzeitige Einstellung der Serie. „Das Volk hat Druck gemacht“, lobte eine Zeitung. Dabei hatte sich der Sender Show TV Rekordquoten versprochen. Schon vor dem Kinofilm „Tal der Wölfe – Irak“ bildeten die Abenteuer des Agenten Alemdar in der Türkei den Stoff für eine erfolgreiche Fernsehserie. Die neue Serie sollte daran anknüpfen. Doch schon nach der ersten Folge gab es Boykottaufrufe gegen Firmen, die in den Reklamepausen ihre Werbespots sendeten.

Was ist geschehen? Offenbar sind die türkischen Normalbürger doch nicht so engstirnig-nationalistisch, wie die Macher der „Wölfe“ erwartet hatten. Und offenbar sind die türkischen Aufsichtsbehörden – nicht zuletzt unter dem Eindruck von Verbrechen wie dem Mord an dem armenisch-türkischen Journalisten Hrant Dink – sensibler geworden, was Gewaltverherrlichung angeht. Die neue „Wölfe“-Staffel begann damit, dass Agent Alemdar schwört, auf eigene Rechnung gegen den „Terror“ in Südostanatolien – sprich: gegen die Kurdenrebellens – zu kämpfen. Szenen von PKK-Überfällen auf wehrlose Zivilisten und arglose Soldaten untermauerten das schwarz-weiße Weltbild.

Im türkischen Kurdengebiet gab es nach der ersten Episode Protestkundgebungen, tausende Anrufer bei der Aufsichtsbehörde RTÜK verlangten, die Serie solle abgesetzt werden. RTÜK bat die Leitung von Show TV zu einem Gespräch. Die Ausstrah-

lung der für den späten Donnerstagabend angesetzten zweiten Folge der „Wölfe“ war am Nachmittag noch unsicher: Eine Krisensitzung bei Show TV dauere noch an, meldeten andere türkische Fernsehsender. (Quelle: *Der Tagesspiegel online*, 16.02.07)

Kurdenfeindliche TV-Serie abgesetzt Nach Protesten ist in der Türkei eine Fernsehserie über den Kurdenkonflikt abgesetzt.

Anstelle der zweiten Folge von „Tal der Wölfe – Terror“ strahlte der türkische Fernsehsender „Show“ am Donnerstagabend einen Dokumentarfilm aus.

Wie türkische Medien berichteten, beklagte die Produktionsfirma, dass dem Fernsehkanal ansonsten die Sendeerlaubnis entzogen worden wäre. Schon vor Ausstrahlung der ersten Folge hatte es bei der türkischen Medienaufsicht Proteste von Anrufern gehagelt, weil die Serie Gewalt verherrliche und Feindschaft zwischen Türken und Kurden säe.

Als antiamerikanisch und antisemitisch eingestuft

Ein aus der ersten Staffel der Serie hervorgegangener Kinofilm, „Tal der Wölfe – Irak“, hatte im vergangenen Jahr heftige politische Diskussionen in Deutschland ausgelöst, wo der Film ebenfalls gezeigt worden war. Kritiker hatten den Film als anti-amerikanisch und antisemitisch eingestuft.

In der neuen Serie kämpft der als Patriot dargestellte Held eigenmächtig gegen militante Kurden der illegalen Kurdischen Arbeiterpartei PKK.

(Quelle: *dpa*, 16.02.07)

Buch dokumentiert Gewalt gegen Frauen

Die Menschenrechtlerin und Rechtsanwältin Eren Keskin hat in Istanbul ein Buch mit dem Titel "Das ist alles wahr" vorgestellt, das in Dokumenten, Fotos und Augenzeugenberichten Gewalt gegen Frauen in staatlichem Gewaltsam dokumentiert. Trotz verbesserter Rechtslage seien ihre Mandantinnen immer noch systematisch sexuellen Übergriffen ausgesetzt, da sich die Denkweise im Staatsapparat noch nicht geändert habe, sagte Eren Keskin bei der Buchvorstellung.

(Quelle: www.rf-news.de, 20.02.07)

Türkei erneut wegen Folter verurteilt Strassburg - Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Türkei erneut wegen Fällen von schwerer Folter verurteilt.

Die Strassburger Richter wiesen die Regierung in Ankara an, den Klägern - einem im deutschen Exil lebenden Geschwisterpaar - zusammen 50 000 Euro (rund 81 000 Franken) Schmerzensgeld zu zahlen. Der heute 40 Jahre alte Mann und seine 36-jährige Schwester waren im Juli 1993 in Istanbul wegen mutmasslicher Zugehörigkeit zur verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) festgenommen und tagelang festgehalten worden.

Elektroschocks und Stockhiebe

In dieser Zeit wurden sie eigenen Angaben zufolge von Polizisten mit Elektroschocks und Stockhieben auf die Füße malträtiert, mit eiskaltem Wasser übergossen, stundenlang nackt an den Armen aufgehängt sowie sexuell missbraucht. Nach ihrer Einweisung ins Gefängnis stellten Gerichtsmediziner Verletzungen fest, die den Foltervorwurf untermauerten. Auch das Berliner Zentrum für Folteropfer sowie ein Neurologe in Zürich diagnostizierten einige Jahre später Symptome, die mit den Aussagen der Kläger übereinstimmten.

Der Gerichtshof für Menschenrechte sah es als erwiesen an, dass die von Ärzten festgestellten Verletzungen von Misshandlungen während des Polizeigewahrsams stammten.

Freispruch «mangels Beweisen»

Er rügte zudem, dass eine Anzeige der Opfer gegen zwei beteiligte Polizisten im Dezember 1995 mit deren Freispruch «mangels Beweisen» endete. Damit habe die Türkei außerdem gegen das Grundrecht auf wirksame Rechtsmittel verstoßen. Erst Mitte Januar hatte der Straßburger Gerichtshof einem 42 Jahre alten inhaftierten Kurden Recht gegeben, der ebenfalls während eines Verhörs über seine mutmaßliche Zugehörigkeit zur PKK misshandelt worden war. Ihm wurden 15 000 Euro an Schmerzensgeld zugesprochen. Die türkische Regierung weist die Vorwürfe in beiden Fällen zurück.

(Quelle: *sda*, 20.02.07)

Türkei will Türkentum-Paragrafen kippen

Die Türkei will den Strafrechtsparagrafen 301, der Verunglimpfung des Staates und "Beleidigung des Türkentums" unter Strafe stellt, noch in diesem Jahr reformieren. Zwar hat die Türkei kein konkretes Datum genannt, wie Premier Tayyip Erdogan am Mittwoch sagte, habe es bereits Gespräche zwischen der Regierung und nicht-staatlichen Organisationen über Reformen gegeben.

Der Artikel 301 des Strafgesetzbuches wurde bei den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei scharf von der Europäischen Union kritisiert.

Immer klagte die türkische Justiz Publizisten an, weil sie sich türkei-kritisch geäußert hatten. Auf Grundlage des Paragrafen waren etwa Literaturnobelpreisträger Orhan Pamuk und der ermordete türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink vor Gericht gestellt worden.

Im Zuge des Beitritts der Türkei zur EU war der Paragraf immer wieder kritisiert worden. Die Mehrheit der Türken ist Umfragen zufolge gegen eine Reform der Bestimmung. (Quelle: *N24.de*, 22.02.07)

Kurdenpolitiker festgenommen Äußerungen zur Kirkuk-Frage

Der türkische Kurdenpolitiker Ibrahim Aydoglu ist am Freitag auf Anweisung der Staatsanwaltschaft in Diyarbakir, der hauptsächlich von Kurden bewohnten Metropole des türkischen Südostens, festgenommen worden. Aydoglu wird beschuldigt, mit seinen jüngsten Bemerkungen über die nordiraki-

sche Stadt Kirkuk die Öffentlichkeit zu Hass und Feindschaft angestachelt zu haben. Sollte er für schuldig befunden werden, drohen ihm bis zu drei Jahre Haft.

Aydoglu, der lokale Vorsitzende der DTP, der einzigen prokurdischen Partei der Türkei, hatte am Donnerstag in «Pukmedia», einer Internet-Publikation der Kurden des Nordiraks, offenbar erklärt, ein Angriff auf Kirkuk käme für die Kurden der Türkei einem Angriff auf Diyarbakir gleich. Ein Referendum, das bis Ende dieses Jahres in der Provinz Kirkuk stattfinden und darüber entscheiden soll, ob diese erdölreiche Region in die kurdische Verwaltung des Nordiraks einverleibt wird, bezeichnete der türkische Kurdenpolitiker zudem als einen «strategischen Wendepunkt für die Kurden». Seine Erklärungen lösten landesweit Zorn und in Ankara Verlegenheit aus.

Die Kirkuk-Frage ist politisch besonders heikel, haben doch unlängst die Armeeführung wie die Regierung der Türkei mit einer Intervention gedroht, sollte das Referendum in dieser von Kurden, Arabern und Turkmenen gleichermaßen beanspruchten Region stattfinden.

Dessen ungeachtet erklärte Aydoglu am Donnerstagsabend, dass eine türkische Militäroperation im Irak den türkischen Staat und die Kurden der Türkei in zwei feindliche Lager teilen würde. In der Türkei lebten 20 Millionen Kurden, so Aydoglu, und «jeder Einzelne von ihnen würde einen Krieg gegen die Kurden des Iraks als Krieg gegen sich selber betrachten». (Quelle: NZZ online, 26.02.07)

Lebenslange Haft für 20 Mitglieder der türkischen Hizbollah

Diyarbakir. In einem Mammutprozess um zahlreiche Anschläge auf Kurden hat ein türkisches Gericht 20 Muslim-Extremisten wegen Mordes zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt.

Die Richter sahen es am Montag als erwiesen an, dass die Mitglieder der islamistischen Gruppe Hizbollah zwischen 1990 und 1994 dutzende Menschen getötet hatten.

Die meisten der Opfer waren Kurden im Südosten der Türkei. Zwei weitere Angeklagte erhielten Haftstrafen von je 16 Jahren, weil sie zur Zeit der Anschläge noch nicht volljährig waren.

Es war das erste Mal, dass ein türkisches Gericht Mitglieder der Hizbollah verurteilte. Die Gruppe hat keine Verbindungen zur Hizbollah-Miliz im Libanon.

Die türkische Hizbollah kämpft gegen die Trennung von Staat und Religion. Sie will stattdessen die streng muslimischen Scharia-Gesetze in der Türkei einführen. (Quelle: baz.ch, 26.02.07)

Zahl der "Ehrenmorde" in der Türkei höher als angenommen

Zwischen dem Anspruch, ein säkularer, demokratischer Rechtsstaat zu sein und der Wirklichkeit täglicher Menschenrechtsverletzungen liegen in der Türkei Welten: Eine Untersuchung der Regierung in Ankara belegt, dass Ehren-

morde an jungen Frauen viel verbreiteter sind, als bisher angenommen.

Vor dem Hauseingang patrouilliert ein Wachmann, die Fenster sind vergittert und dahinter liegen Schlafsäle mit Doppelstockbetten. Kleinkinder turnen auf den Matratzen herum, ihre Mütter unterhalten sich gedämpft. Sie kamen auf der Flucht vor ihren Ehemännern und Vätern hierher. 40 Frauen leben derzeit im Frauenhaus des Istanbuler Stadtteils Kadiköy - eine Notunterkunft, der Bedarf übersteigt das Angebot. Eine 20jährige, nennen wir sie Ayse, sitzt allein in einer Ecke des Raumes. Sie kam erst vor vier Wochen aus einem Dorf an der iranischen Grenze hierher. Sie versteckt sich nicht nur vor ihrem Mann, sondern vor ihrer ganzen Familie.

Mein Vater verkaufte erst das Vieh und dann mich für umgerechnet 3000 Euro an einen viel älteren Mann. Der schlug mich fast vom ersten Tag an und ließ mich nicht aus dem Haus. Als ich meinem Vater sagte, dass ich mich scheiden lassen wollte, schlug der mich mit einem Schlauch grün und blau. Zuhause bekam ich Prügel von meinem Mann. Am nächsten Morgen nahm ich ein Taxi und schlug mich mit meinen Ersparnissen irgendwie bis nach Istanbul durch.

Mit Mut und Glück konnte Ayse ihr Leben retten - vorübergehend zumindest. Nach Angaben der türkischen Familienministerin Nimet Cubukcu wurden in den vergangenen sechs Jahren 1800 Frauen Opfer so genannter "Ehrenmorde" - das ist fast jeden Tag ein Mord. Bislang gingen Experten immer von etwa 70 getöteten Frauen im Jahr aus. Nicht eingerechnet in den neuen erschreckenden Zahlen sind die rund 900 Selbstmorde von Frauen - viele von ihnen wurden wahrscheinlich von männlichen Familienangehörigen in den Freitod getrieben.

Die Opposition in Ankara spricht von einer "beängstigenden Situation". Zwar hat die Regierung - unter großem Druck der Europäischen Union und der Vereinten Nationen - der häuslichen Gewalt den Kampf angesagt. Doch Aufklärungskampagnen und verschärfte Strafen für die Täter - und neuerdings auch für die Anstifter - haben bislang keine nachhaltige Wirkung gezeigt. Die Behörden sehen in den vielen Ehrenmorden vor allem ein Armuts- und Bildungsproblem - und eine Reaktion auf den gesellschaftlichen Umbruch in der Türkei. Die stellvertretende Bürgermeisterin von Istanbul-Kadiköy, Inci Bospinar, die das dortige Frauenhaus ins Leben gerufen hat:

Die Frauen, die in unser Frauenhaus kommen, haben keine Ausbildung, haben oft nicht einmal die Schule besucht und stammen aus Familien, die kaum genug Geld zum Leben haben. Wir beobachten eine Zunahme der häuslichen Gewalt in den Großstädten: Das hat meiner Meinung nach damit zu tun, dass die Zugewanderten aus Anatolien mit dem modernen Leben der Großstadt nicht zurechtkommen. Mit ihren Gewohnheiten aus den Dörfern erleiden sie hier Schiffbruch. Den "unschicklichen" Lebenswandel der anderen, den sie bisher nur aus dem Fernsehen kannten, begegnet ihnen nun in der Wirklichkeit.

Türkische Frauenorganisationen jedoch warnen davor, häusliche Gewalt nur den armen, ungebildeten Anatoliern anzulasten. Überhaupt halten sie von dem verharmlosenden Begriff "Ehrenmord" sehr wenig. Wenn jemand seine Ehefrau aus Eifersucht totschießt - ist das auch ein Ehrenmord?, fragt Gülşen Kanat vom Istanbuler Frauenrechtsverein "Lila Dach":

Wenn Sie nur diejenigen Frauen nehmen, die nach einem Familienurteil wegen Ehrverletzung getötet werden, dann stimmt die Zahl von einem Opfer pro Tag vielleicht. Aber wenn sie die vielen anderen Formen der Gewalt in der Familie berücksichtigen, erscheint mir diese Zahl zu niedrig.

Der Verein Lila Dach organisiert neuerdings sogar Frauenrechtsseminare für Beamte und Bürgermeister. Doch solche Maßnahmen scheinen machtlos zu sein gegen die erschreckende gesellschaftliche Akzeptanz, die Verbrechen an Frauen in manchen Teilen der Türkei immer noch haben. Eine Untersuchung der Vereinten Nationen in der südosttürkischen Provinz Urfa ergab, dass rund 30 Prozent der Männer und immerhin 27 Prozent der Frauen Morde aus verletzter Ehre für gerechtfertigt halten. Auch der 20-jährigen Ayşe wollte niemand aus der Verwandtschaft helfen auf ihrer Flucht vor Vater und Ehemann. Nun, im Schutz des Istanbuler Frauenhauses, wagt die junge Frau vorsichtig Pläne für ihre Zukunft zu machen. Sie würde gerne einen Schulabschluss nachholen - doch dafür müsste der Lehrer ins Frauenhaus kommen. Draußen ist es ihr zu gefährlich.

Ich weiß, dass mein Vater nur darauf wartet, dass mein Bruder vom Militärdienst nach Hause kommt. Dann wird er ihn mit meinem Tod beauftragen.

(Quelle: dradio.de, 27.02.07)

Ilisu-Damm in Türkei: WWF fordert Rückzug Österreichs

Der World Wildlife Fund (WWF) und ECA Watch (Export Credit Agencies) haben heute in einer Presseaussendung die österreichische Bundesregierung aufgefordert, dem türkischen Ilisu-Staudammprojekt eine endgültige Absage zu erteilen. "Österreich darf kein Projekt unterstützen, das nur mit massiver Militärpräsenz und mit groß angelegten Zerstörungen der Natur und Kultur in der Türkei verwirklicht werden kann, nur damit eine österreichische Firma Millionen verdient", sagte der WWF-Kraftwerksexperte Ulrich Eichelmann.

"Letzte Warnung" der Türkei

Die Türkei habe den Regierungen Österreichs, Deutschlands und der Schweiz ein Ultimatum zur Unterstützung für das umstrittene Projekt gestellt und eine "letzte Warnung" ausgesprochen, so der WWF.

Die Umweltorganisation berief sich auf einen Bericht in der englischsprachigen türkischen Zeitung "The New Anatolian", in dem es laut WWF hieß, alle Verträge seien hinfällig, sollte es bis zum 30. März keine endgültige Zusage über die Garantie der Exportkredite vom österreichischen Finanzminister geben.

Soldaten sollen Baustelle schützen

Außerdem werde in der Türkei laut der kurdischen ANF (Firat News Agency) die "Sicherheit der Bauarbeiten", die durch 5.000 Soldaten gewährleistet werden soll, diskutiert. Die Ankündigung der türkischen Regierung, die Militärpräsenz am Tigris deutlich zu verstärken, zeige, wie umstritten der Staudamm auch in der eigenen Bevölkerung sei, heißt es in der Aussendung weiter. Ein großer Staudamm beim Ort Ilisu im armen Südosten der Türkei, an dessen Bau österreichische Firmen federführend beteiligt sind, soll nach acht Jahren Bauzeit Strom erzeugen. Allerdings müssen dafür rund 11.000 Menschen umgesiedelt und weitere 40.000 für verlorenes Land entschädigt werden. Die türkische Regierung plant, einige der von der Überflutung bedrohten historischen Bauten in einem "Kulturpark" an anderer Stelle wieder aufzubauen und die archäologisch bedeutende Stadt Hasankeyf zu schützen. *(Quelle: news.ORF.at, 28.02.07)*

Die Türkei ist weiterhin für Europa nicht tragbar!

"Sprachprozess" gegen Kurden mit hohen Freiheitsstrafen abgeschlossen.

Die 13 kurdischen Politiker, die nach dem türkischen Parteiengesetz wegen des Sprechens der kurdischen Sprache während ihres Kongresses am 4. Januar 2004 und der aus diesem Anlass versendeten Einladungskarten nicht nur in Türkisch, sondern auch in Kurdisch am 14. Februar 2007 zum zehnten Mal in Ankara vor Gericht standen, wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt.

5 von ihnen erhielten 1 Jahr Gefängnisstrafe, 8 wurden zu 6 Monaten Freiheitsstrafe, verurteilt. Die einjährige Gefängnisstrafe des ehemaligen Vorsitzenden der Partei, A. Malik Firat, wurde wegen seines Alters zu einer hohen Geldstrafe umgewandelt. Die Verurteilten verkündeten nach dem Prozess, dass dieses Urteil gegen internationales Recht und die EU-Kriterien verstoße und sie sich zunächst an das Verfassungsgericht und anschließend an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wenden würden.

Bezugnehmend auf die gemeinsame Pressemitteilung der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfV) und des Internationalen Zentrums für Menschenrechte der Kurden (IMK e.V.) vom 15. Dezember 2006 wiederholen wir unseren Vorwurf gegen die türkische Regierung, dass ein Staat, der seinen Bürgern mit Strafe droht, nur weil sie Angehörige ihres eigenen Volkes in ihrer eigenen Sprache begrüßen, nicht in die EU passt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei abzubrechen, solange sie ihre diskriminierenden Gesetze gegen Kurden und andere Minderheiten nicht revidiert. Göttingen/Bonn/Ankara, den 16 Februar 2007

gez. Tilman Zülch (Generalsekretär der GfV)

Abubekir Saydam (Geschäftsführer vom IMK e.V.)

Kurdische Sprache muss in der Türkei legitimer Alltag werden

Zur Verurteilung kurdischer Parteiführer in der Türkei erklärt Claudia Roth, Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen:

„Die Verurteilung von Ahmet Türk, dem Vorsitzenden der kurdischen Partei DTP, und seiner Stellvertreterin Aysel Tuglu für ein Flugblatt in kurdischer Sprache ist ein äußerst beunruhigendes Zeichen.

Offensichtlich hat die türkische Justiz es immer noch nicht realisiert, dass die Anerkennung der kurdischen Realität auch den Gebrauch der kurdischen Sprache einschließt. Mit Ahmet Türk und seiner Partei werden ausgerechnet die kurdischen Kräfte verurteilt und geschwächt, die für Aussöhnung, Gewaltfreiheit, Demokratisierung und Rechtstaatlichkeit stehen.

Im Windschatten der regionalen Spannungen und der bevorstehenden Wahlen sind in jüngster Zeit zahlreiche Urteile in den kurdischen Gebieten der Türkei gefällt worden, die dem Geist der Reformen und der Demokratisierung des Landes widersprechen. Diese Urteile tragen zur Eskalation im Lande bei und verhindern die Aussöhnung nach einem jahrelangen schmutzigen Krieg.

Solche Urteile werden vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zwar keinen Bestand haben, sie versuchen aber eine Entwicklung zu torpedieren, welche die Türkei dringend braucht.

Wir fordern die türkische Regierung auf, die Reformen im Justizwesen zu beschleunigen, zu denen sich die Türkei verpflichtet hat. Wir hoffen, dass diese Urteile jetzt in der nächsten Instanz aufgehoben werden.“

PRESSEDIENST BUENDNIS 90/DIE GRUENEN
Bundesvorstand Sigrid Wolff, Pressesprecherin
Platz vor dem Neuen Tor 1 * 10115 Berlin

Email: <mailto:presse@gruene.de>, Tel: 030 - 28442 131 * Fax: 030 - 28442 234.

(Quelle: *pressrelations*, 28.02.07)

Barzani provoziert Türkei Der irakische Kurdenführer peilt einen unabhängigen Kurdenstaat an

Der Präsident der autonomen kurdischen Region im Norden Iraks, Massud Barzani, möchte, dass sich die Nachbarn an den Gedanken eines unabhängigen Kurdenstaates gewöhnen. Die Türkei hat damit aber grösste Mühe.

Türken, Iraner und Araber sollten es weder als «schändliches Benehmen» noch als «Drohung» betrachten, wenn die Kurden von ihrem Recht sprechen, sagte Barzani. In einem Interview mit einem türkischen Nachrichtenkanal wandte sich Barzani auch direkt an den türkischen Generalstabschef Yasar Büyükanit und riet ihm von einem militärischen Eingreifen in Nordirak ab.

Eine grenzüberschreitende Aktion des türkischen Militärs könnten die irakischen Kurden nicht akzeptieren: «Auch für uns ist unsere Souveränität wichtig», sagte Barzani.

Gleichzeitig stritt Barzani die von der türkischen Armee erhobene Beschuldigung ab, die nordiraki-

schen Kurden unterstützten die gegen die Türkei kämpfenden kurdischen PKK-Rebellen. Auch für die PKK-Stützpunkte am Berg Kandil, nahe der iranischen Grenze, lehnte Barzani die Verantwortung ab. Es sei schwer, die Grenzregionen zu kontrollieren, und die Türkei solle nicht hoffen, dass die nordirakischen Kurden gegen die PKK vorgehen würden. In frühern Jahren war sich Barzani dafür nicht zu fein, aber damals waren die irakischen Kurden ja noch zwischen Saddam und der Türkei eingeklemmt.

Volksabstimmung geplant

Zum Leidwesen Ankaras besteht Barzani vor allem auch auf der Durchführung einer für Jahresende geplanten Volksbefragung in der erdölexportierenden Stadt und Region Kirkuk. Der Volksentscheid soll klären, ob Kirkuk Teil der autonomen kurdischen Schutzzone in Nordirak werden oder wie bisher ein Teil von Gesamtirak bleiben soll.

Nach Barzanis Ansicht ist Kirkuk nicht nur nach Geschichte und Geographie ein Teil Kurdistans, sondern gar «das Herz Kurdistans». Im Gebiet um die etwa 300 Kilometer nördlich von Bagdad gelegene Stadt sind sechs Ölfelder mit den größten Reserven des Landes.

Streit um Bevölkerungsanteil

Die Türkei beschuldigt die Kurden, durch eine gezielte Bevölkerungspolitik den Anteil der Kurden in Kirkuk vor der Volksabstimmung erhöhen zu wollen; sie ist für eine Verschiebung des Urnengangs, am besten in alle Ewigkeit. Dem hält Barzani entgegen, dass die Türkei zur Bevölkerungspolitik Saddams in Kirkuk geschwiegen habe, obwohl nicht nur Kurden, sondern auch die von Ankara heute protegierten Turkmenen negativ betroffen gewesen seien. Saddam hatte gezielt Araber in der Stadt angesiedelt, um die kurdische Mehrheit zu verdrängen.

Barzani fühlt sich anscheinend recht sicher, sonst würde er die Türkei nicht so offen herausfordern. Zu seiner starken Position trägt sicher bei, dass er weiss, dass die Kurden bald die letzten Verbündeten der USA in Irak sind. Sie stellen eine verlässliche und starke Truppe, die unter irakischer Fahne mittlerweile auch in den Strassen Bagdads im Einsatz sind.

Der türkische Außenminister Abdullah Gül erinnerte dagegen vor kurzem daran, dass Mossul und Kirkuk nach dem 1. Weltkrieg von der Türkei an Irak abgetreten wurden und dass sie also zur Türkei gehörten, sollte der irakische Staat wieder auseinander fallen. (Quelle: www.tagblatt.ch, 28.02.07)

Ilisu-Staudamm: Türkei stellt Ultimatum an Deutschland Megabaustelle soll mit 5000 Soldaten gesichert werden

Die Türkei hat den Regierungen Deutschlands, Österreichs und der Schweiz ein Ultimatum gestellt, bis wann die endgültige Unterstützung für den umstrittenen Ilisu-Staudamm geklärt sein soll und eine „letzte Warnung“ ausgesprochen. Sollte es

bis zum 30. März keine endgültige Zusage über die Exportkreditgarantien von den drei Ländern geben, dann seien alle Verträge hinfällig, meldete die türkische Zeitung „The New Anatolian“. Außerdem wird in der Türkei darüber diskutiert, 5.000 Soldaten zur „Sicherheit der Bauarbeiten“ in das Projektgebiet von Ilisu zu schicken. Dies meldete die kurdische Nachrichtenagentur ANF – Firat News Agency.

„Damit zeigt die türkische Regierung ihr wahres Gesicht“, erklärt Heike Drillisch, Referentin der Entwicklungsorganisation WEED. „Die Bundesregierung betont, an eine Garantie geknüpfte Auflagen würden dafür sorgen, dass das Projekt internationale Standards erfülle. Doch offensichtlich kann das Vorhaben nur mit Hilfe eines massiven Militäreinsatzes gegen die eigene Bevölkerung durchgesetzt werden. Wie soll unter diesen Voraussetzungen die Einhaltung internationaler Standards gewährleistet sein?!“

Deshalb wenden sich heute 36 Organisationen mit einem Brief an die Bundesregierung. Sie weisen die Ministerien, die über die Bürgerschaftsvergabe entscheiden, auf die offenen Probleme des Staudamms hin. Dazu gehören Umsiedlungsfragen, kulturhistorische und ökologische Bedenken wie auch internationale Rechtsfragen, da über den Staudamm die Wasserzufuhr der Nachbarn Syrien und Irak beeinflusst werden kann. „Die Bundesregierung gibt selbst zu, dass es viele offene Probleme gibt und versucht wider besseres Wissen, eine Entscheidung herbeizupressen“, stellt Regine Richter, Campaignerin der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation urgewald, fest. „International stellt sich die Bundesregierung damit als ein Land dar, das für ein gutes Geschäft seine eigenen Prinzipien über Bord wirft.“

Dies werfen in einem weiteren Brief 69 internationale Organisationen der Bundeskanzlerin vor. Sie bemängeln, dass Angela Merkel als Ratspräsidentin von gemeinsamen europäischen Werten spricht, die hochgehalten werden müssten, während ihre Regierung gleichzeitig bereit ist, ein so strittiges Projekt wie den Ilisu Staudamm zu unterstützen. Besonders empört die Umwelt-, Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen, dass die Bundeskanzlerin allenthalben die Bedeutung von Transparenz hochhält, während die Bedingungen, die das Ilisu-Projekt verbessern sollen, komplett unter Verschluss gehalten werden.

„Die Bundesregierung hat sich auf den Druck der türkischen Regierung eingelassen, die Kriterien unter Verschluss zu halten. Nun will die Türkei mit dem Ultimatum offensichtlich davon ablenken, dass sie die geforderten internationalen Kriterien nicht einhalten kann“, so Ann Kathrin Schneider von International Rivers Network.

(PE, 02.03.2007)

Informationen:

Heike Drillisch, WEED, 0177 – 345 26 11

Regine Richter, urgewald, 030-44339169

Ann Kathrin Schneider, IRN, 0163 – 475 1284

Irak:

National-Chaldo Assyrer streben nach Autonomie

In einer Erklärung auf der Kurdistan Online Webseite sagte Romeo Hakari, Präsident von Beit AINahen, dass sie über den Vorschlag, eine autonome Region zu bilden, nachdenken.

Obwohl viele ihre Bedenken dahin ausdrückten, dass dies eine Verletzung der bestehenden Irakischen Verfassung sein könnte. Hakari bedeutete, der Vorschlag sei entsprechend der Verfassung entwickelt worden und genieße die politische Unterstützung der kurdischen Autoritäten und des kurdischen Volkes.

Laut Hakiri erlaube der Artikel 125 der Irakischen Verfassung und der 2.Artikel der Konstitution der Regionalregierung Irakisch-Kurdistans die Gründung eines selbst verwalteten autonomen Gebietes sofern es nicht selbst in einem anderen liegt. Chaldo-Assyrer wünschen sich ihre autonome Region in den Ebenen von Mosul, einem Gebiet in dem sie schon immer lebten.

(Quelle: peyammer.com,25.01.07)

US-Firma zahlt Millionen nach Vorwürfen zu UN-Irak-Hilfsprogramm Gasleitungsbetreiber El Paso in geheime Zahlungen an Saddam-Regime verwickelt

New York - Wegen des Verdachts, im Rahmen des UN-Programms "Öl für Lebensmittel" illegale Geschäfte mit dem Irak betrieben zu haben, hat sich ein großes US-Unternehmen laut Medienberichten zu Zahlungen in Millionenhöhe bereit erklärt.

Die El Paso Corporation, der größte US-Betreiber von Erdgasleitungen, habe sich mit einem US-Bundesgericht in New York auf eine Summe von 7,73 Millionen Dollar (knapp sechs Mio Euro) geeinigt, berichtete die "New York Times" am Donnerstag.

Die Staatsanwaltschaft hatte der Firma in Houston (Texas) vorgeworfen, zwischen 2000 und 2003 in geheime Zahlungen an das Regime des damaligen Machthabers Saddam Hussein verwickelt gewesen zu sein. Der zuständige Ankläger, Michael Garcia, erklärte laut der Zeitung, der größte Teil des Geldes werde in den Entwicklungsfonds für den Irak und in den Wiederaufbau des Landes fließt.

Missbrauch

Der Weltsicherheitsrat hatte das Hilfsprogramm 1996 geschaffen und damit trotz des Handelsembargos einen begrenzten Öllexport zugelassen. Der Erlös kam der Not leidenden irakischen Bevölkerung in Form von Lebensmitteln und Medikamenten zu Gute. Eine unabhängige Untersuchung stellte später fest, dass zahlreiche Firmen Missbrauch mit dem Programm getrieben hatten.

Die Ermittlungen lösten den bisher größten Skandal in der Geschichte der Vereinten Nationen aus. Der frühere Chef des "Oil for Food"-Programms, Benon Sevan (69) aus Zypern, wurde inzwischen in New York wegen Bestechlichkeit angeklagt. Er soll rund

160.000 Dollar (rund 120.000 Euro) von der Saddam-Regierung angenommen haben.

(Quelle: Der Standard, 08.02.07)

Streit ums Erdöl beherrscht Nord-Irak

Kirkuk - Während sich die Aufmerksamkeit der Welt derzeit auf die kritische Sicherheitslage in Bagdad richtet, nimmt beinahe unbemerkt die Gewalt auch im Norden des Irak stark zu. In der an Erdöl reichen Stadt Kirkuk häuft sich die Zahl der Bombenanschläge, und die Stimmung ist kurz vor dem Überkochen. Befürchtet wird, dass die Unruhen eskalieren und möglicherweise sogar einen neuen Krieg im Irak auslösen könnten.

In Kirkuk streiten sich Araber und Kurden darüber, ob das rund 300 Kilometer nördlich von Bagdad gelegene Zentrum der irakischen Erdölindustrie Teil der kurdischen Schutzzone im Nordosten werden oder Teil des Iraks bleiben soll. Zu Kirkuk gehören sechs Ölfelder, die zu den größten Reserven des Landes gehören.

Eigentlich soll noch in diesem Jahr ein Volksentscheid Klärung bringen. Doch was sich theoretisch einfach anhört, ist in der Praxis sehr viel komplizierter. In letzter Zeit haben sowohl Kurden als auch Araber und Turkmenen verstärkt davor gewarnt, dass sie bewaffnet und zum Kampf bereit seien. Denn beide Lager sehen sich im Recht.

Einerseits gibt es hier Menschen wie Abdul-Karim Wadi, einen Schiiten, der vor 18 Jahren Geld dafür bekam, dass er von Bagdad nach Kirkuk umzog. Dies war Teil eines Plans des früheren Staatschefs Saddam Hussein, der mehr Araber nach Kirkuk locken wollte, um so die Kurden zu verdrängen. Von Saddam Husseins Absichten habe er damals nichts geahnt, sagt Wadi. Doch mittlerweile sei Kirkuk seine Heimat, und er wolle nicht fortgehen. Andererseits beanspruchen die von Saddam Hussein vertriebenen Kurden die Region um Kirkuk wieder für sich. So wie Soham Kadir, die am Strandrand in einem Lehmhaus mit zwei Zimmern wohnt. Sie wurde 1995 vertrieben und kehrte nach der US-Invasion 2003 auf Initiative kurdischer Politiker in ihre Heimatstadt zurückgekehrt. «Kirkuk gehört den Kurden», sagt Kadir. Wie sie sind in den letzten Jahren schätzungsweise 300.000 Kurden in die Stadt zurückgezogen.

Die Araber und Turkmenen wollen Kirkuk aber keinesfalls aufgeben. «Wenn Kirkuk an die Kurden gehen sollte, dann werden wir kämpfen. Ich werde kämpfen», sagt Ali Mehdi Sadik, ein Repräsentant der Turkmenen. Ein solcher Krieg würde zwangsläufig jedoch auch andere Länder dieser Region wie die Türkei und den Iran mit hineinziehen, warnt er. In der Türkei und im Iran fürchtet man sich davor, dass die Kurden die Ölquellen Kirkuks unter ihre Kontrolle bringen könnten. Denn mit den Erträgen aus der Förderung könnten sie dann Kurden in anderen Ländern finanziell in ihrem Bemühen unterstützen, selbst unabhängig zu werden.

Die irakischen Kurden betonen indessen immer wieder, dass ihren Kirkuk rechtmäßig zustünde. Zudem weisen sie Vorwürfe zurück, es gehe ihnen ja nur ums Erdöl. «Kirkuk wird uns gehören - nicht

wegen des Öls, sondern weil es Teil unserer Geschichte ist», sagt der Kurde Risgar Ali Hamadschan.

Eine Lösung des Konflikts ist derzeit nicht absehbar. Sowohl der Iran als auch die Türkei haben zusätzliche Kräfte abgestellt, um ihre Grenzen zu sichern. Aber auch die USA befinden sich in einer Zwickmühle. Denn ihr Verbündeter Türkei steht auf Seiten der Araber. Doch auch die Kurden sind zumindest im Irak Verbündete der USA.

Auf Grund der explosiven Lage raten Experten derzeit von einem Volksentscheid ab, um die Spannungen nicht weiter zu verschärfen. Jedoch ist die Entscheidung damit nur aufgeschoben, und die Probleme in Kirkuk sind längst noch nicht gelöst.

(Quelle: net-tribune, 18.02.07)

Ankara droht mit Militärschlag im Nordirak

Widerstand im Falle der Eingliederung Kirkuks in das Kurdengebiet

Türkische Politiker und Generäle haben bei Besuchen in Washington vor einem Flächenbrand gewarnt, der sich von der multiethnischen nordirakischen Stadt Kirkuk aus auf die ganze Region ausweiten könnte. Ankara droht, militärisch im Nachbarland zu intervenieren

Der türkische Generalstabschef Büyükanit hatte bei seinem Besuch in Washington Mitte Februar vor allem die eine Botschaft übermitteln wollen: Alle Mächte der Region lehnen einen unabhängigen kurdischen Staat im Nordirak ab. Weder die Türkei noch Iran, noch Syrien oder der arabische Teil des Iraks tolerierten die Gründung eines solchen Staatsgebildes, sagte er. Dabei beschuldigte der General die zwei wichtigsten Kurdenführer des Iraks, Talabani und Barzani, die Kämpfer der aus der Türkei stammenden Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu unterstützen. In einer Rede an die türkische Diaspora in den USA sagte Büyükanit unumwunden: «Niemand soll es wagen, die Türkei zu teilen.» Wer davon träume, werde sich bald in einem Albtraum wieder finden.

Angst vor einem Zerfall des Iraks

Büyükanit ist in der Türkei als Hardliner bekannt. Seine Rede in Washington wurde aber selbst in Ankara als überraschend hart empfunden. Die Regierung des gemäßigten Islamistenchefs Recep Tayyip Erdogan bemühte sich um Schadensbegrenzung. Die Soldaten sprächen mit ihren Waffen, sagte Außenminister Abdullah Gül am Wochenende. Damit es aber nicht so weit komme, müssten die Politiker und Diplomaten ihre Arbeit tun. Gül liess die Bereitschaft seiner Regierung erkennen, mit der kurdischen Führung des Nordiraks in Kontakt zu treten. «Wir müssen ihnen sagen, wo die Gefahren liegen.» Seit der Exekution Saddam Husseins fürchtet sich die Türkei vor einer Aufsplitterung des Iraks. Eine Teilung des Iraks würde bedeuten, dass sich das Einflussgebiet der Schiiten von Iran über den Irak bis nach Libanon wie ein Halbmond entlang der Grenze der «sunnitischen Türkei» erstrecken würde.

Eine Teilung des Iraks würde zudem die Gründung eines unabhängigen kurdischen Staats unausweichlich machen, was in der Türkei schon immer als rote Linie galt, die nicht überschritten werden darf. Ein kurdischer Staat im Nordirak, so wird befürchtet, könnte den türkischen Kurden als Beispiel dienen und mittelfristig auch zur Spaltung der Türkei führen.

Der türkische Regierungschef Erdogan bezeichnete dieses Jahr als schicksalhaft für den Irak.

Die Türkei könne nicht als teilnahmsloser Beobachter den dortigen Entwicklungen zusehen, sagte er in einer Rede vor den Abgeordneten seiner Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung. Erdogan führte dabei aus, was die Türkei nicht tolerieren wird: dass nämlich die aus der Türkei stammenden Kämpfer der PKK den Nordirak weiterhin als Sprungbrett für ihre Angriffe gegen türkische Ziele benützen. Ferner, dass die Führung der nordirakischen Kurden gegen den Willen der turksprachigen Minderheit der Turkmenen mit einem Referendum im Laufe des Jahres die multikulturelle Stadt Kirkuk ihrem Verwaltungsgebiet einverleibt.

«Lasst unsere Armee in den Nordirak einmarschieren», forderte der Vorsitzende der Oppositionspartei CHP, Deniz Baykal, in einer Parlamentsdebatte Ende Januar.

Der Erdölreichtum Kirkuks wurde der Bevölkerung nach der Machtergreifung Saddam Husseins zum Verhängnis. Um eine Provinz möglichst ohne Minderheiten zu schaffen, liess er im Rahmen seiner Arabisierungspolitik viele Turkmenen, Kurden und Christen aus Kirkuk vertreiben. Ankara sah diesen «Säuberungsaktionen» jahrelang schweigend zu und reagierte auch nicht, als Saddam Hussein elf prominente Turkmenen nur wenige Stunden vor dem Eintreffen des damaligen türkischen Regierungschefs Süleyman

Demirel in Bagdad hängen ließ. Das Argument, Ankara habe plötzlich seine turkmenischen Brüder in Kirkuk wieder entdeckt und wolle sie mit einer Militärintervention beschützen, wirkt in Erbil nicht glaubhaft.

Mit einem Referendum, das gemäß der irakischen Verfassung bis Ende dieses Jahres durchgeführt werden soll, hoffen die Kurden, die Provinz Kirkuk dank der kurdischen Bevölkerungsmehrheit in ihr Verwaltungsgebiet eingliedern zu können.

Die Türkei will das Referendum aber verhindern und droht mit einem Krieg. Wie es in einem Menschenrechtsbericht der Uno von Mitte Januar heißt, sind die Turkmenen und Araber der Region zunehmenden Einschüchterungen und willkürlichen Festnahmen durch den kurdischen Geheimdienst und kurdische Sicherheitskräfte ausgesetzt.

Im Uno-Bericht ist von ersten Vorboten einer Krise in Kirkuk die Rede.

Krieg oder wirtschaftliche Entwicklung

Kurdische Intellektuelle in der südostanatolischen Metropole Diyarbakir halten eine türkische Militärintervention in Kirkuk für eher unwahrscheinlich. Jeder militärische Vorstoß wäre laut dem Fernsehjournalisten Mehmet Eren ein Wahnsinn angesichts

der Tatsache, dass die nordirakischen Kurden mittlerweile über 100 000 von den USA gut ausgebildete und bewaffnete Peschmerga (Kämpfer) verfügen. Wie er hinzufügte, bedeutet jeder bewaffnete Konflikt zudem das Ende des Grenzhandels. Die Türkei habe im Nordirak Projekte im Wert von einer Milliarde Dollar, und daran sei der Pensionsfonds der Armee maßgeblich beteiligt.

Der Herausgeber der kurdischen Zeitschrift «Demanu», Nevzat Karakeci, ist überzeugt, dass mit Gewalt oder mit Militäroperationen den Entwicklungen im Kurdengebiet kein Einhalt geboten werden kann. Kurdische Intellektuelle seien daran, die kurdische Sprache im lateinischen Alphabet zu schreiben. Sollte sich dieses Experiment durchsetzen, könnten die Kurden im Irak, in Iran, in Syrien und in der Türkei erstmals schriftlich kommunizieren. Der Politiker Ismail Hacıoğlu schloss eine Intervention der türkischen Armee im Grenzgebiet nicht aus, meinte aber, diese wäre sinnlos. Möglich wäre, dass die türkische Artillerie einige PKK-Stellungen bombardiert, um die öffentliche Meinung in der Türkei zu besänftigen. (Quelle: NZZ online, 20.02.07)

Kurden kommen - Araber sollen gehen

Kaum ein Thema bestimmt derzeit die kurdische Medienlandschaft mehr als der **Artikel 140 der irakischen Verfassung**. Der Artikel zielt auf die Wiedergutmachung der Vertreibungen sowie Land- und Hauskonfiszierungen durch das Saddam-Regime. Allein in Kirkuk hatte das Regime schätzungsweise 120.000 Kurden vertrieben.

Die Verfassung garantiert den **Vertriebenen und Emigranten** die Rückkehr an ihre ehemaligen Wohnorte sowie die Wiederherstellung ihrer alten Besitztitel oder entsprechende Entschädigung. Hinsichtlich der vom Saddam-Regime angesiedelten **Araber** legt die Verfassung zwar ihre Rücksiedlung in ihre Herkunftsgebiete nahe, fordert diese aber nicht ausdrücklich. Darüber hinaus legt sie fest, die politisch motivierten Veränderungen der Verwaltungsgrenzen zu beheben. Neben Kirkuk betrifft dies besonders die Provinzen Mossul, Salahaddin und Diyala. Sollte es zu keiner Einigung kommt, wird die Einschaltung eines **UNO-Vermittlers** gefordert.

Die Regierung Maliki will die Rück- und Umsiedlungen sowie die Wiederherstellung der alten Verwaltungsgrenzen bis Ende März abgeschlossen haben. Am **15. November** soll ein **Referendum** den Status der neuen Provinzen klären. Bislang gibt es dazu drei Vorschläge: Die Kurden fordern die Eingliederung von Kirkuk und großen Gebieten um Mossul und im nördlichen Diyala in den kurdischen Teilstaat. Demgegenüber verlangen viele Araber und **Turkmenen**, dass Kirkuk wie bisher Bagdad untersteht. Ein Mittelweg könnte sein, Kirkuk zur Sonderregion zu erklären. (Quelle: taz, 21.02.07)

„Chemie-Ali“ des Völkermordes Schuldig

Das Sondertribunal für die Verbrechen des früheren irakischen Regimes hat einen als «Chemie-Ali» bekannt gewordenen Cousin von Ex-

Machthaber Saddam Hussein und zwei andere frühere Funktionäre des Völkermordes schuldig gesprochen.

Ein Termin für die Verkündung des Strafmasses ist noch nicht bekannt. Sollte die Todesstrafe verhängt werden, beginnt automatisch ein Berufungsverfahren. Die drei müssen sich zusammen mit drei weiteren Ex-Funktionären wegen Beteiligung an der Ermordung zehntausender Kurden im Nordirak in den Jahren 1987 und 1988 verantworten.

Richter Mohammed al-Oraibi, sagte, Saddams Cousin Ali Hassan al-Madschid, der ehemalige Verteidigungsminister Sultan Haschim Ahmed und der frühere Armeeeoffizier Hussein Raschid Fawzi, hätten sich des Völkermordes und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht.

Alle sechs Angeklagten erklärten, sie seien unschuldig. Der Ex-Verteidigungsminister sagte: «Ich habe damals nur Befehle ausgeführt und die Grenzen meiner Befugnisse nicht überschritten.»

Hauptangeklagter in dem Prozess, war ursprünglich Saddam Hussein gewesen, der Ende Dezember wegen eines anderen Verbrechens hingerichtet wurde.

In dem zweiten Prozess des Tribunals geht es um die Angriffe des irakischen Militärs auf kurdische Kämpfer und Zivilisten in den Jahren 1987 und 1988. Dabei waren unter anderem Dörfer mit Giftgas bombardiert worden. (Quelle: *espace.ch*, 21.02.07)

Irakischer Qaida-Chef schwört Rache Iraks al-Qaida nutzt die Vergewaltigungsvorwürfe von sunnitischen Frauen gegen schiitische Polizisten aus. Man werde die Untaten rächen, kündigt der Führer der Terroristen per Tonbotschaft an - 300 Selbstmord-Attentäter stünden bereit.

Bagdad/Kairo - Die 300 hätten sich seit Bekanntwerden der Vorwürfe für Selbstmordattentate bereit gemeldet, um die Übergriffe schiitischer Polizisten auf sunnitische Frauen zu rächen. Das ist auf der Tonbotschaft zu hören, das am Donnerstag im Internet veröffentlicht wurde. Bei dem Sprecher soll es sich um Abu Hamsa al-Muhadschir handeln, der auch als Abu Ajjub al-Masri bekannt ist. Es war die erste Aufnahme, die dem irakischen al-Qaida-Chef zugeschrieben wurde, seit irakische Regierungsvertreter Mitte Februar erklärt hatten, dieser sei bei einem Gefecht nördlich von Bagdad verwundet worden.

http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,gross_bild-712950-468149,00.html

Die irakischen Sicherheitskräfte bestehen überwiegend aus Schiiten. Eine 20-jährige Sunnitin aus Bagdad hatte Polizisten vor wenigen Tagen vorgeworfen, sie in der Gruppe vergewaltigt zu haben. Inzwischen erhebt eine 40-jährige Mutter von elf Kindern ähnliche Vorwürfe.

Sie sei bei einer Hausdurchsuchung zum Sex gezwungen worden, sagte sie einem lokalen TV-Sender aus Kirkuk und dem arabischen Nachrichtensender al-Dschasira. Sechs Soldaten hätten sie vergewaltigt, die Tat gefilmt und das Video ins Internet gestellt. Weiter erklärte die verschleierte

Frau, die Polizisten hätten von ihr verlangt, ihnen Informationen über Terroristen zu geben.

Die Regierung von Ministerpräsident Nuri al-Maliki hatte die am vergangenen Montag öffentlich gemachten Vorwürfe der Bagdader Sunnitin Sabine al-Dschanabi erst bestritten. Im Zusammenhang mit dem Vorfall wurden dem Bürgermeister der nordirakischen Stadt Tal Afar zufolge später allerdings drei Soldaten und ein Armeeeoffizier in Gewahrsam genommen. Die Soldaten hätten die Tat gestanden.

Maliki entließ unterdessen den Vorsitzenden der sunnitischen religiösen Stiftungen, Ahmed Abdul Ghafar, nachdem dieser erklärt hatte, die Vergewaltigung Dschanabis habe wirklich stattgefunden. Sie sei "ein verabscheuungswürdiges Verbrechen und ein Beweis dafür, dass der neue Sicherheitsplan gescheitert ist". Die Schiiten in der Regierung haben den Sunniten-Führern indirekt vorgeworfen, sie hätten Dschanabi aus politischem Kalkül zur Lüge gedrängt.

Wenn Frauen im Irak öffentlich von einer Vergewaltigung berichten, riskieren sie von ihren Familien geächtet oder gar getötet und von der Öffentlichkeit geschnitten zu werden. Vergewaltigung gilt im Irak auch als Schande für das Opfer, weshalb Frauen darüber meist schweigen.

(Quelle: *Spiegel online*, 22.02.07)

Neues Öl-Gesetz im Irak soll Gewinn-Aufteilung festlegen

"Entscheidender Durchbruch für politischen und wirtschaftlichen Wandel"

Bagdad (APA/Reuters/AP) - Die irakische Regierung hat nach monatelangem Gerangel ein Gesetz verabschiedet, das die Ölpolitik des Golfstaats neu ordnen soll. Darin wird festgelegt, wie der Gewinn aus den drittgrößten Ölreserven der Welt künftig unter den Bevölkerungsgruppen des Landes verteilt werden soll. Die Annahme des Gesetzentwurfs durch das Kabinett sei ein entscheidender Durchbruch für den politischen und wirtschaftlichen Wandel des Irak, sagte Vize-Ministerpräsident Barham Salih am Montag. Das Parlament muss dem Gesetz noch zustimmen. Bis Ende Mai solle es aber in Kraft treten.

Die USA haben auf ein Ölgesetz gedrungen, um Streit über die üppigen Rohstoffreserven des Landes zu verhindern. Die Regierung in Washington hat eine Verabschiedung des Gesetzes mit ihrer weiteren Unterstützung der Regierung von Ministerpräsident Nuri al-Maliki in Verbindung gebracht. Maliki sagte vor Journalisten, die Gewinne aus dem Ölreichtum würden die Säulen der irakischen Einheit bilden. Der Irak benötigt Milliarden ausländischer Investitionen, um seine geschwächte Wirtschaft anzukurbeln. Die Ölindustrie litt jahrzehntlang unter Sanktionen während der Herrschaft Saddams Husseins und seit knapp vier Jahren unter der Gewalt nach dem US-geführten Einmarsch im März 2003. Die weltweit größten Ölkonzerne versuchen seit Jahren, sich einen Anteil an den größten Ölfeldern vor allem im Süden des Landes zu sichern.

Das Gesetz beende Jahrzehnte übermäßiger Zentralkontrolle über die Ölindustrie, deren Entwicklung oft behindert worden sei, sagte Salih. Nach seinen Angaben soll nun die nationale Ölgesellschaft (INOC) in eine unabhängige Holding umgewandelt werden. Zudem soll ein Bundesrat als Forum für die Ölpolitik geschaffen werden. Das Ölministerium soll zwar als Regulierungsinstanz für den Sektor fungieren. Regionale Behörden könnten aber im Rahmen der Bestimmungen des Bundesrates Verträge mit ausländischen Firmen aushandeln. Die politische Führung des Irak hatte die sich selbst auferlegte Frist bis Ende 2006 verfehlt, um das Gesetz zu verabschieden. Hintergrund waren vor allem Bedenken der Kurden, die sich die Eigenständigkeit gegenüber einem neuen Bundesrat zusichern lassen wollten. Nach dem nun von der Regierung in Bagdad angenommenen Entwurf kann die kurdische Regionalregierung selbst die bereits bestehenden Verträge daraufhin überprüfen, ob sie den Bestimmungen des neuen Gesetzes entsprechen. Die Kurden hatten befürchtet, der neue Bundesrat könne ihre Verträge unter anderem mit dem norwegischen Konzern DNO annullieren.

(Quelle: *derStandard.st*, 26.02.07)

Religiöse Minderheiten im Irak werden auf vielfältige Art verfolgt

LONDON - Die religiös motivierte Gewalt im Irak trifft die Minderheiten wie Christen, Juden, Palästinenser und Turkmenen besonders stark. Dies geht aus einem Bericht der in London ansässigen Menschenrechtsgruppe Minority Rights Group International hervor.

Ethnische und religiöse Minderheiten des Landes würden zu Opfern "von Angriffen, Entführungen und Drohungen von allen Seiten". Einige Gemeinden, die seit 2000 Jahren im Irak leben, stünden jetzt vor der Vernichtung.

Im Kampf um die Vorherrschaft im Irak würden sie von Sunniten, Schiiten und Kurden gleichermaßen mit Gewalt überzogen, hieß es in dem veröffentlichten Bericht.

Die Minderheiten im Irak machen rund zehn Prozent der Bevölkerung aus. Von den schätzungsweise 1,8 Millionen irakischen Flüchtlingen gehöre aber jeder dritte einer Minderheit an, heißt es in dem Bericht "Assimilation, Exodus, Vernichtung: Die Minderheiten im Irak seit 2003" weiter.

Die Gemeinden der irakischen Minderheiten lebten unter hoffnungslosen Bedingungen, die sowohl im Irak als auch im internationalen Geschehen vollkommen ignoriert würden.

Obwohl zahlreiche Christen außer Landes fliehen müssten, weil sie der Kollaboration mit den US-amerikanischen und britischen Truppen verdächtigt würden, hätten nur sehr wenige in den USA und in Großbritannien Aufnahme gefunden.

Das Flüchtlingsproblem dürfe aber nicht nur den Nachbarstaaten des Irak überlassen werden, betonte die Minority Rights Group International.

(Quelle: *tagesanzeiger.ch*, 27.02.07)

Hilfsorganisation WADI: Gewalt gegen Yeziden im Irak

Ethnische und religiöse Minderheiten vermehrt Ziel von Anschlägen - Yeziden leben in in Syrien, der Türkei, Armenien und Georgien

Wien - In der irakischen Stadt Shaikhan ist es am 15. Februar zu einem massiven Angriff radikaler kurdischer Islamisten auf die yezidische Bevölkerung der Stadt gekommen. Dies geht aus einer Ausendung der Hilfsorganisation WADI (Verband für Krisenhilfe und solidarische Entwicklungszusammenarbeit) vom Montag hervor, die sich auf kurdische Quellen beruft. An dem Überfall hätten auch kurdisch-muslimische Polizeioffiziere teilgenommen.

Minderheiten gefährdet

Die Islamisten hätten dabei einen yezidischen Tempel (Mend), verschiedene Kulturzentren, Autos und Geschäfte zerstört und verbrannt, sowie zum Jihad (Heiliger Krieg) gegen die Yeziden aufgerufen. Am Tag darauf soll eine yezidische Frau und Mutter von vier Kindern vergewaltigt und enthauptet worden sein. Seither würden die hilflosen yezidischen Familien in dieser Region unter panischer Angst leben, berichtete WADI. Ethnische und religiöse Minderheiten, die über kein von ihnen kontrolliertes Territorium verfügen, werden in den letzten Monaten generell vermehrt zum Ziel von Anschlägen und Angriffen. Im Kampf um die Vorherrschaft im Irak würden sie von Sunniten, Schiiten und Kurden angegriffen.

Die Yeziden gehören zur Volksgruppe der Kurden und leben in in Syrien, der Türkei, Armenien und Georgien. Im Irak stellen sie etwa ein Prozent der Bevölkerung. Die Religionsgemeinschaft der Yeziden wurde, so wie andere Minderheiten, in den letzten Jahren zum Angriffsziel radikaler Islamisten. Die meisten Yeziden leben in der zentral-irakischen Provinz Ninive sowie in der kurdisch verwalteten Provinz Dohuk.

(Quelle: *derStandard.at*, 27.02.07)

Iraker einigen sich auf Verteilung des Ölreichtums

Das irakische Kabinett hat sich auf ein neues Ölgesetz geeinigt, das die Verteilung des nationalen Ölreichtums unter den ethnischen und konfessionellen Gruppen des Landes regeln soll. Das bestätigte der stellvertretende irakische Ministerpräsident Barham Salih.

"Das neue Gesetz beendet Jahrzehnte exzessiver zentralisierter Kontrolle der Industrie, die die Entwicklung des Sektors oft behindert hat", sagte er. Die Verteilung der Erlöse aus dem drittgrößten Ölvorkommen der Welt ist einer der Hauptstreitpunkte unter den Bevölkerungsgruppen des Irak.

Die USA hatten die Einigung auf ein Ölgesetz zur Voraussetzung für die weitere Unterstützung der von Schiiten geführten Regierung gemacht, der auch Sunniten und Kurden angehören. Der Irak benötigt dringend Milliarden ausländischer Devisen, um seine zerstörte Ölindustrie wieder aufbauen zu können.

Das Gesetz soll auch die Bestimmungen festlegen, nach denen ausländische Ölkonzerne Zugang zum irakischen Markt erhalten. Die regionalen Behörden sollen eigenständig Verträge mit ausländischen Unternehmen abschließen können. Die jeweilige regionale Verwaltung könne die Verhandlungen nach den Verfahrensrichtlinien führen, die vom neu geschaffenen Föderalen Rat für Öl und Gas festgelegt werden sollen, sagte Salih.

Neben dem Ölrat soll das staatliche Ölunternehmen Inoc als neue Beteiligungsgesellschaft aufgebaut werden, der dann regionale Betreiberfirmen angeschlossen werden. Das Ölministerium wird den Sektor landesweit regulieren.

Kurden sind einverstanden

Die irakische Regierung hatte bereits ein selbst auferlegtes Ultimatum zum Ende des vergangenen Jahres verstreichen lassen, weil die vornehmlich im Nordirak lebenden Kurden Bedenken hinsichtlich der Beziehungen zwischen Bagdad und den Regionen und die Befugnisse des neuen föderalen Ölrats hatten. Am Montag stimmten auch sie dem Gesetzesentwurf zu, nachdem der Kurdischen Regionalregierung (KRG) zugesichert worden war, dass bereits bestehende Verträge mit ausländischen Konzernen beibehalten werden können.

"Die bestehenden, von der KRG unterzeichneten Verträge werden von der KRG noch einmal überprüft, um sie den Voraussetzungen des Gesetzes anzupassen", sagte Salih, der dem Gesetzesausschuss vorsteht. Ein hoher Berater des kurdischen Präsidenten Massud Barsani sagte am Sonntag, dass Kurden und Regierung in Bagdad in den vergangenen Wochen in einem Briefwechsel die wichtigsten Unstimmigkeiten über strittige Passagen ausgeräumt hätten.

Im Nordirak bestehen wegen der relativ guten Sicherheitslage bessere industrielle Entwicklungsmöglichkeiten. Der vorliegende Entwurf muss nun vom Parlament bestätigt werden.

(Quelle: FTD.de, 27.02.07)

Hilfsorganisation "Help" stellt Arbeit im Irak ein

Viele große deutsche Hilfsorganisationen haben die Arbeit im Irak wegen der Sicherheitslage bereits eingestellt. Als letzte tut dies nun auch die Organisation "Help". tagesschau.de hat bei "Help"-Sprecher Berthold Engelmann nachgefragt, warum diese Entscheidung gerade jetzt gefällt wurde und was das für die Hilfsprojekte bedeutet.

tagesschau.de: Mit dem 28. Februar stellt Help alle Hilfsprojekte im Irak ein? Warum gerade jetzt? Hat sich die Lage so sehr zugespitzt?

Berthold Engelmann: Wir sind schon seit September 2004 nicht mehr mit internationalem Personal im Irak vertreten, sondern ausschließlich mit Helfern aus dem Irak. Die konnten lange Zeit noch gut arbeiten. Vor etwa vier Monaten hat sich die Lage dann aber so verschlechtert, dass die Helfer nur noch tageweise raus konnten in die Projekte oder die Arbeit zum Teil wochenlang einstellen

mussten. Es ist einfach viel zu gefährlich geworden. Das Auswärtige Amt, von dem wir finanziert werden, hat deshalb die Zahlungen für die Projekte auch eingestellt.

tagesschau.de: Wie stellt sich die Lage für die Helfer denn konkret dar?

Engelmann: Die Gefahren sind Anschläge und Entführungen. Wir haben deshalb in den vergangenen Monaten nur noch "undercover" gearbeitet: Wir hatten alle Aufkleber von den Fahrzeugen entfernt und sind nur noch mit Kleinwagen zu den Projekten gefahren - und nicht mehr mit den Jeeps, die wir sonst in den schwer zugänglichen Gebieten genutzt haben. Wir haben auch nicht mehr von unserem Büro aus in Bagdad gearbeitet, sondern Privatwohnungen genutzt.

tagesschau.de: Sie haben schon erwähnt, dass seit 2004 aus Sicherheitsgründen nur noch Iraker für Help im Irak tätig waren. Was ändert sich für diese Helfer denn dadurch, dass sich Help zurückzieht? Sie bleiben doch im Land.

Engelmann: Für diese Helfer tut es uns besonders leid. Sie verlieren ihren Job. Wir müssen 50 Leute auf die Straße setzen, die gut ausgebildet sind. Wo sie unterkommen werden, wissen wir nicht.

tagesschau.de: Help hat unter anderem bei der Minenräumung und bei der Versorgung mit Wasser geholfen. Was passiert mit diesen Projekten jetzt?

Engelmann: Diese Projekte bleiben liegen. Ich sehe auch keine anderen Organisationen, die das übernehmen könnten. Denn für die stellt sich die Sicherheitslage ja ähnlich dar wie für uns. Gerade bei der Minenräumung gäbe es noch viel zu tun. Im Irak liegen noch hunderttausende Blindgänger. Die Wasserprojekte, die wir geplant hatten, konnten wir auch abschließen. Nur gibt es bei der Trinkwasserversorgung im Irak natürlich weiterhin Probleme.

tagesschau.de: Nun ist schwer zu sagen, ob und wann sich die Lage im Irak bessert. Wenn dem so sein sollte: Wie lange würde es dauern, bis die Helfer die Arbeit an den Projekten wieder aufnehmen könnten?

Engelmann: Das kann man nur sehr schwer einschätzen. Wir beobachten seit dem Einmarsch der Amerikaner eine kontinuierliche Verschlechterung der Lage im Irak - und es ist überhaupt nicht abzusehen, wann sich das bessern wird. Es ist eine Spirale nach unten im Moment.

tagesschau.de: Wie müssen wir uns denn den Alltag der Menschen im Irak vorstellen - in einer Zeit, in der selbst die letzten Helfer sich aus dem Land zurückziehen müssen?

Engelmann: Die Gefahr für Leib und Leben ist so groß, dass viele Iraker ihre Wohnungen tagelang gar nicht mehr verlassen. Sie gehen nur noch zum Einkaufen aus dem Haus oder - wenn sie einen Job haben - um zu ihrem Arbeitsplatz zu kommen. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 70 bis 80 Prozent. Wer es sich leisten kann, verlässt das Land.

(Quelle: SWR.de, 28.02.07)

Iran:

Der Iran erhebt neue Vorwürfe gegen den Westen

Anschläge im Iran sind immer öfter politisch motiviert. Die Regierung in Teheran wirft den USA vor, militante Widerstandsgruppen zu unterstützen, um das Land zu schwächen.

Für offizielle Stellen in Teheran war der Fall rasch klar: Ein schwerer Anschlag, bei dem am Mittwoch in der Stadt Zahedan mindestens elf Mitglieder der "Revolutionsgarden" umgekommen waren, könne nur die Tat von Verbrechern mit Unterstützung des Auslandes sein. Zumindest im ersten Teil ein nahe liegender Schluss, denn für Anschläge, Überfälle und Zusammenstöße mit Sicherheitsorganen in der Provinz Sistan-Belutschistan waren in den letzten Jahren meist Drogenschmuggler verantwortlich, die ihre heiße Ware im Dreiländereck Afghanistan-Pakistan-Iran ins Land bringen, und die sich seit Jahren einen blutigen Kleinkrieg mit den iranischen Behörden liefern.

Neue Sunniten-Organisation

Relativ neu hingegen ist, dass die Täter ihre Angriffe auch politisch motivieren. So tritt seit 2003 auch im Iran eine Organisation auf, die sich "Jund-Allah" ("Soldaten Gottes") nennt, und die mehr Rechte für die sunnitische Minderheit im überwiegend schiitischen Iran einfordert.

Im Nachbarland Pakistan, wo der größere Teil Belutschistans liegt, ist „Jund-Allah“ schon länger aktiv. Auch hier geht es um mehr Rechte der Belutschen, die pakistanischen Behörden greifen aber hart gegen die Organisation durch, die sie als regionalen Zweig der „Qaida“ bezeichnen.

Eine Interpretation, die man in Teheran inzwischen übernimmt, obwohl man gleichzeitig versucht, die USA und Großbritannien als treibende Kräfte hinter der Organisation zu identifizieren. Was von Anhängern der Terroristen entschieden zurückgewiesen wird, zumindest teilweise aber auf amerikanischen Quellen beruht: So wusste der New Yorker Enthüllungsjournalist Seymour Hersh zu berichten, dass der amerikanische Geheimdienst diverse oppositionelle Gruppen im Iran unterstütze, um Unruhe und Unfrieden zu stiften und damit das Regime in Teheran zu schwächen.

Washington unterstützt angeblich die iranische Opposition

Präsident Ahmadinedschad strikt an neuen Verschwörungstheorien Die Belutschen waren nur eine der Gruppen, auf die Washington sich angeblich konzentrierte.

Eine weitere Gruppe waren die Araber in der Provinz Khuzestan – in der es in den letzten Jahren auch wiederholt Anschläge gegeben hatte.

Eine dritte Zielgruppe sind die Kurden: Jüngste Berichte gehen davon aus, dass die USA im nord-irakischen Kurdistan Kämpfer ausbilden, um diese dann zu "Einsätzen" jenseits der iranischen Grenze zu entsenden. Wirkliche Beweise sind bisher nicht vorgelegt worden.

Da solche Verschwörungstheorien jedoch bestens in das außenpolitische und ideologische Konzept Teherans passen, gewinnen sie zumindest im Iran auch an Glaubwürdigkeit. Und der vielleicht wichtigere Grund für das Auftreten solcher Gruppen wird dabei verdrängt: dass minoritäre Gruppen wie Belutschen, Araber oder Kurden wirtschaftlich und politisch benachteiligt sind und den Grund dafür in ihrem ethnischen und auch religiösen Unterschied zur schiitisch-persischen Mehrheit sehen.

Freiheitskämpfer oder Terroristen?

Im Gegensatz zu Kurden und Arabern, die gelegentlich von einer Loslösung vom Iran träumten, hat die belutschische "Jund-Allah" in der Vergangenheit aber betont, dass man sich als Teil des Iran betrachte und lediglich für größere Chancengleichheit des armen Sistan-Belutschistan kämpfe.

Die Regierung in Teheran macht solche Unterschiede nicht: Während man – besonders im Nahen Osten – sonst meist von Freiheits- oder Widerstandskämpfern spricht, sind die Attentäter von Belutschistan und die Bombenleger von Khuzestan "Terroristen", gegen die man mit aller Entschlossenheit vorgehen müsse. So wurden am Tag des Überfalls von Zahedan in der Hauptstadt Khuzestans, Ahvaz, mindestens drei Araber hingerichtet, die dort im vergangenen Jahr Bombenanschläge verübt hatten. (Quelle: DW, 15.02.07)

Iran will Insel nur für Frauen reservieren

Auf einer Insel ganz für sich allein sollen iranische Frauen künftig größere Freiheit genießen können. Die Insel Aresu auf dem Orumijeh-See im Nordwesten des Landes soll künftig für das weibliche Geschlecht reserviert sein.

Das berichtete die Zeitung «Emrus». Auf der Insel nahe der türkischen Grenze werde «kein einziger Mann» sein, sagte ein örtlicher Behördenmitarbeiter. Öffentliche Verkehrsmittel, Restaurants und alle anderen Einrichtungen würden ausschließlich von Frauen betrieben.

Die Idee sei vom obersten geistlichen Führer, Ajatollah Ali Chamenei, abgesegnet, hieß es weiter. Dieser habe in einer reinen Fraueninsel keinen Verstoß gegen die islamische Scharia gesehen.

Im Iran ist es Frauen untersagt, sich unverschleiert in der Öffentlichkeit vor Männern zu zeigen.

Es gibt aber bereits vereinzelte Strände, auf denen Frauen sich geschützt vor Männerblicken unverschleiert bewegen können.

In manchen Städten sind Parks für Männer gesperrt.

(Quelle: espace.ch, 23.02.07)

Syrien:

Verhaftungen in al-Samiah und Ain al Arab

Der syrische Staatssicherheitsdienst verhaftete am 23.12.2006 Mohammed Khalil Issa (geboren 1982) in Ain al-Arab (Kobani) in der Provinz Aleppo. Mohammed Khalil Issa graduierte in Philosophie an der Universität von Aleppo. Nach seiner Festnahme

wurde er zuerst in das Büro von Aleppo gebracht und dann in weiteres des Staatssicherheitsdienstes in Damaskus.

Seine Festnahme erfolgte nachdem er einen Gedichtband über Poesie veröffentlicht hatte, dennoch weiß man nicht weshalb er verhaftet wurde und niemand hat Nachrichten von ihm.

Weiter wurde der Zahnarzt Mawlood Ali Mahfoudh aus der Provinz Hama am 10.01.2007 in das Büro des militärischen Nachrichtendienstes zitiert und kehrte nicht nach Hause zurück. Er war vor kurzem mehrmals dorthin gerufen worden, bevor er jetzt verhaftet wurde. Wichtig ist anzumerken, dass Dr Mawlord Sohn eines Exhäftlings ist, der länger als 15 Jahre im Gefängnis verbrachte.

Der SHRC verurteilt die despotischen und willkürlichen Verhaftungen des syrischen Nachrichtendienstes aus nichtigsten Gründen und manchmal sogar ganz ohne sie.

SHRC verlangt die sofortige Entlassung der oben erwähnten Verhafteten und aller weiteren aus politischen oder Gewissensgründen Inhaftierten und ein Ende der willkürlichen Verhaftungen und der Unterdrückungen. (Quelle: SHRC, 15.01.07)

Bewaffnete Milizen zündeten 15 Wohnungen von Syrern in der Haifa Straße an

Per Telefon berichteten Augenzeugen aus Bagdad dem SHRC, dass bewaffnete Männer in irakischer Uniform Wohnungen von im Exil lebender Syrern in der Haifa Straße stürmten und in Brand setzten. Bislang wurden 15 Wohnungen angezündet.

Davon zwei Wohnungen in Block 45, deren Eigentümer Rechtsanwalt Mohammed Bakoor, Präsident der Syrischen Vereinigung für Demokratie, und sein Sohn sind. Weitere sieben Wohnungen im Block 47, von denen eine dem Rechtsanwalt Abdullah Qawjah, Präsident der Vereinigung für die Verteidigung der Menschenrechte in Syrien gehörte, außerdem brannten auch im Block 49 weitere 6 Wohnungen. Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt, aber der materielle und physische Schaden ist groß.

Auch über die Schicksale von Dr. Ibrahim Ahmad Jarkas, Othman Basabasah und Mohammed Badwai die am 09.01.2007 von Irakischen Innenministerium festgenommen wurden, ist weiter nichts bekannt geworden.

SHRC bittet erneut den UN Flüchtlingssicherheitsrat um sofortige Hilfe in diesem Fall und für die Sicherheit im Exil lebender Syrern im Irak. Außerdem wendet sich der SHRC an alle humanitären und Menschenrecht orientierte Gruppen um Unterstützung der im Exil lebender Syrern, die doppelt unterdrückt werden und die nichts mit dem Geschehnissen im Irak zu tun haben.

(Quelle: SHRC, 16.01.07)

Mr. Shalabi bei Rückkehr nach Syrien verhaftet

Aus unterrichteten Kreisen erfuhr der SHRC von der Festnahme Mr. Mohammed Abdul Hai Shalbi, 64 Jahre alt, aus Tal Maneen, in der Provinz Rural Damaskus, bei seiner Ankunft auf dem Internationalen Flughafen von Damaskus. Er kam aus Saudi Arabien, wo er lange Zeit gelebt hatte.

Mr. Shalabi wurde verhaftet, obwohl, wie dem SHRC versichert wurde, seine Rückkehr mit Zustimmung des syrischen Sicherheitsdienstes geschah und er unter Muskelschmerzen leidet. Seit 42 Jahren war Mr. Shalabi nicht in Syrien.

SHRC fordert die syrischen Autoritäten auf, Mr. Mohammed Abdul Hai Shalabi und alle politischen und aus Gewissensgründen Inhaftierten aus syrischen Gefängnissen frei zulassen. Der SHRC ruft Syrien auf, davon abzusehen, diejenigen, die in ihre Heimat zurückkommen zu verhaften und allen Exilanten eine friedliche Rückkehr erlauben.

(Quelle: SHRC, 17.01.07)

Irakische Flüchtlingskrise bricht Schweigen zwischen USA und Syrien

Washington - Trotz der abgebrochenen diplomatischen Beziehungen sind die USA mit Syrien wegen der irakischen Flüchtlingskrise in Kontakt getreten. US-Außenministerin Condoleezza Rice sagte am Donnerstag vor einem Kongressausschuss in Washington, sie habe den Geschäftsträger der Vereinigten Staaten in Damaskus explizit aufgefordert, über dieses Problem zu sprechen. Dies sei Teil einer neuen Initiative der USA zur Lösung der Flüchtlingskrise. Beamte des Außenministeriums machten in Washington deutlich, dass dies keinen Widerspruch zu bisherigen US-Politik darstelle. Diese schließt diplomatische Kontakte mit der Regierung von Präsident Baschar el Assad aus. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind etwa zwei Millionen Iraker, das sind acht Prozent der Bevölkerung des Irak vor dem Krieg, ins Ausland geflohen, viele davon in die Nachbarstaaten Jordanien und Syrien. Hinzu kommen einem Bericht aus der vergangenen Woche zufolge rund 1,7 Millionen Flüchtlinge innerhalb des Irak. (Quelle: AFP, 08.02.07)

Maßnahmen gegen Anwar Bunni

In einer beispiellosen Maßnahme hat das syrische Ministerium für Arbeit und Soziale Angelegenheiten vor dem Strafgericht sein Vorhaben bekundet, den aktiven Rechtsanwalt Anwar Bunni anzuklagen und dann die gerichtliche Entscheidung dem Innenministerium zu präsentieren, um Bunni seine Staatsbürgerschaft abzuerkennen. So berichtet in AKI (arabisch, 19.02.2007) und Elaph (arabisch, 18.02.2007).

Das Ministerium, das die Höchststrafe fordert, verlangt auch die Rückzahlung der gesamten Beträge, die Bunni als Direktor des (teilweise von der EU finanzierten) Zentrums für Menschenrechte, das in Syrien eröffnet wurde und das die syrischen Behörden eine Woche nach Eröffnung geschlossen haben, von der EU-Kommission erhalten hat.

Dies geschah während seiner gestrigen Gerichtsverhandlung (Sonntag, 18.02.), an der westliche Diplomaten sowie Aktivisten und Rechtsanwälte

teilnahmen. Er wurde angeklagt „falsche Nachrichten zu verbreiten, die den Geist der Nation schwächen.“ Sein Prozess wurde auf den 3. März vertagt. Bunni ist seit Mai 2006 inhaftiert, weil er die Beirut-Damaskus-Deklaration unterzeichnete und wegen seiner zahlreichen Erklärungen in den Medien bezüglich der Menschenrechtsverletzungen in Syrien.

Bunni (gemeinsam mit anderen Inhaftierten wegen Meinungsäußerung) wurde mehrfach im Gefängnis misshandelt, als er in der Abteilung für Kriminelle untergebracht wurde, wurde in Anwesenheit von Gefängniswächern und mit Kenntnis der Gefängnisverwaltung von gewöhnlichen Kriminellen angegriffen und zeitweise selbst von Gefängniswächern geschlagen.

Entsprechend einem Gesetz von 1967 kann einem Bürger die Staatsbürgerschaft nach einem gerechtfertigten Antrag eines Ministers aberkannt werden, z.B. wenn er oder sie im Dienste eines anderen Landes stehen, oder wenn sie oder er Aktivitäten für ein Land durchführen, das mit Syrien Krieg führt.

Diese Maßnahmen stimmen mit der Position überein, die Bashar Assad gegen Bunni und Michel Kilo eingenommen hat. In verschiedenen Interviews (spanisch, El Pais, 01.10.2006) hat Assad wiederholt erklärt, dass sie keine politischen Gefangenen seien, sondern lediglich Kriminelle, die das Gesetz gebrochen haben und mit Syriens Feinden kooperieren. (Quelle: *The Syria Monitor Blog*, 19.02.07. Übersetzt: M. Cornelius)

Dr. Mahmud Sarem erneut verhaftet

Der syrische Nachrichtendienst verhaftete am 07.02.2007 erneut Herrn Dr. Mahmud Sarem (68 Jahre). Er wurde zur militärischen Anklagebehörde gebracht, die ihn in das zentrale Gefängnis von Damaskus in Adra überstellte.

Dr. Mahmud Sarem ist ein Arzt, ein Dichter und ein Schriftsteller, der in der Provinz Lattakia geboren wurde und in der Provinz Rakkah lebt. Er war ursprünglich am 19.05.2005 verhaftet worden, weil er seine Meinung über die momentanen Vorkommnisse im Land äußerte und Appelle an den Präsidenten der Republik schickte und ihn aufforderte, Reformmaßnahmen zu ergreifen. Er wurde angeklagt, die Moral der Nation zu schwächen und zu einem bewaffneten Aufstand anzustiften.

Nach einem Jahr Inhaftierung entschied das Gericht am 19.09.2006, ihn gegen Kautionsfrei zu lassen und den Prozess fortzuführen, während er auf freiem Fuß war.

Das SHRC betrachtet die erneute Verhaftung von Dr. Sarem als einen weiteren Schritt der repressiven Eskalation während der Präsidentschaft von Bashar al-Asad und als ein Anzeichen der Intoleranz des Regimes in Bezug auf andere Meinungen, die von Bürgern offen und transparent geäußert werden.

Es ist offensichtlich, dass die erneute Verhaftung von Dr. Sarem erfolgte, weil dieser sein Recht auf Meinungsfreiheit in Anspruch nahm, was ihn zu einem Gefangenen aus Überzeugung macht. Die

Menschenrechtsanwälte müssen hart an seiner Verteidigung arbeiten und ihn frei bekommen.

Das SHRC fordert die syrischen Behörden auf, Dr. Mahmud Sarem umgehend frei zu lassen, seine Meinungsfreiheit zu respektieren und jegliche despotischen und willkürlichen Festnahmen einzustellen. (Quelle: *SHRC*, 17.02.2007. Übersetzt: M. Cornelius)

Libanon:

Vertrag über Hariri-Tribunal mit Libanon

UN zeichnen Vereinbarung

New York - Die Vereinten Nationen haben einen weiteren Schritt in Richtung eines internationalen Tribunals zur Aufklärung des Mordes am früheren libanesischen Regierungschef Rafik Hariri getan. Im Auftrag von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon unterschrieb am Dienstag in New York ein Rechtsvertreter der Weltorganisation eine entsprechende Vereinbarung mit der Regierung in Beirut. Er hoffe, dass die libanesische Regierung das Abkommen jetzt entsprechend der Verfassung billigen könne, erklärte Ban. "Dann könnte das Tribunal mit der vollen Unterstützung der Vereinten Nationen eingesetzt werden." Das Abkommen muss allerdings noch vom libanesischen Parlament ratifiziert werden. Im Parlament gibt es aber erhebliche Widerstände dagegen.

Der pro-syrische Staatspräsident Émile Lahoud und der schiitische Parlamentssprecher Nabih Berri haben es bisher abgelehnt, dafür gegebenenfalls eine Sondersitzung einzuberufen. Der Streit über das Gremium hatte die Regierung in Beirut entzweit und zu gewaltsamen Auseinandersetzungen im Land geführt. Die aus dem Kabinett ausgetretenen pro-syrischen Minister und Präsident Lahoud sprechen der Regierung von Ministerpräsident Fuad Siniora das Recht ab, über das Tribunal zu entscheiden. Nach Angaben aus UN-Kreisen hat Lahoud dem Regierungschef in einem Brief an Ban Verfassungsbruch vorgeworfen.

Nach einem Beschluss des UN-Sicherheitsrats vom November soll das geplante Tribunal seinen Sitz aus Sicherheitsgründen in einem Drittstaat haben. Vorgesehen ist, dass der UN-Generalsekretär für drei Jahre einen Chefankläger ernannt, der unabhängig von Beirut agiert. Unter den elf Richtern beider Kammern sollen den Statuten nach höchstens fünf Libanesen sein. Höchststrafe soll lebenslange Haft sein.

Hariri war zusammen mit 22 weiteren Menschen 2005 bei einem Autobombenanschlag in Beirut getötet worden. Zu den Verdächtigen zählen auch Sicherheitsleute Lahouds und mehrere Funktionäre der einstigen Schutzmacht Syrien.

(Quelle: *dpa/sim*, 07.02.07)

Schweiz:

Dramatisch mehr Irak- Flüchtlinge in der Schweiz

Die anhaltende Gewalt im Irak zwingt immer mehr Menschen zur Flucht. Auch in der Schweiz hat die sich Zahl der irakischen Flüchtlinge 2006 fast verdoppelt.

Dies sagte Dominique Boillat vom Bundesamt für Migration gegenüber Schweizer Radio DRS am Freitag. Im letzten Jahr hätten mehr als 800 Iraker in der Schweiz um Asyl ersucht, nach 468 im Jahr zuvor, sagte Boillat. Jürg Noth, der Chef des Schweizer Grenzschutzkorps, bestätigte, dass vor allem in den letzten beiden Monaten «der Druck von irakischen Flüchtlingen an der Südgrenze dramatisch zugenommen hat.» Diese Menschen dürfen als vorläufig Aufgenommene in der Schweiz bleiben, oder sie erhalten Asyl. «Es gibt keine Flüge

nach Bagdad und auch auf dem Landesweg ist es fast unmöglich, nach Irak zurückzufahren», sagte Boyat. Deshalb organisiere die Schweiz keine Rückflüge. Nach UNO-Angaben mussten bereits zwei Millionen Iraker aus ihrer Heimat flüchten. Sie sind vor allem in Nachbarländern untergekommen. Weitere 1,8 Millionen sind den Angaben zufolge Flüchtlinge im eigenen Land. Die UNO will sich im April mit einer internationalen Geberkonferenz in Genf um Hilfe für die Flüchtlinge bemühen. Dabei will das Flüchtlingshilfswerk der UNO rund 60 Mio. Dollar für die irakischen Flüchtlinge einwerben. Zudem will es für mindestens 20 000 geflohene Iraker Asyl in Gastländern finden.

(Quelle: www.20minuten.ch, 16.02.07)

Sehr verehrte Leserin, sehr verehrter Leser,

Wir möchten an Sie appellieren, uns mitzuteilen falls Sie eine e-mail-Adresse haben, denn der Versand über e-mail ist kostengünstiger und schneller.

Wir möchten Sie gleichzeitig auf unsere aktualisierten WEB-Seiten in Deutsch und Englisch hinweisen, die interessante Beiträge enthalten. Diese Beiträge tragen nicht unbedingt unsere Meinung, sondern geben die aktuell für unser Themengebiet interessanten Diskussionen wieder. Besuchen Sie doch einmal www.kurden.de.

Mit freundlichen Grüßen.

Ihre Redaktion

PUBLIKATIONEN

Die Kinder des Engel Pfau – Religion und Geschichte der kurdischen Yezidi
Johannes Düchting

KOMKAR Publikation, ISBN: 3-927213-23-3, Preis: 20,00 Euro

In Kurdistan ist eine der ältesten Religionen der Menschheit beheimatet: die Religion der Yezidi. Auf Grund von Migration und Vertreibung leben inzwischen aber auch in der Bundesrepublik Deutschland zehntausende Anhänger dieser Religion. Hier dürfte sie inzwischen nach Christen, Moslems und Juden die viertgrößte Religionsgruppe sein. Bekannt ist einer breiten Öffentlichkeit aber so gut wie nichts über sie. Lediglich von „Teufelsanbetern“ oder einer „Geheimreligion“ wird gemunkelt und alle paar Wochen verbreitet ein deutsches Montagsmagazin Schauergeschichten über die Religionsgruppe. Allenfalls weiß man noch aus der Lektüre Karls Mays, dass die Yezidi irgendwo im „wildem Kurdistan“ beheimatet sind.

Johannes Düchting, Vorstandsmitglied des Internationalen Zentrums für Menschenrechte der Kurden, berichtet in seinem im November 2004 erschienenen Werk kenntnisreich über die Inhalte der yezidischen Religion und die Geschichte des yezidischen Volkes. Der Autor zählt zahlreiche Angehörige der Religion zu seinem Bekanntenkreis und hat mehrfach die Heimatregion der Yezidi (zuletzt im September 2004 das im Nord-Irak gelegene religiöse Zentrum von Sheikh Adi) besucht. Schwerpunkt des ersten Teils des auf zwei Bände konzipierten Werkes sind die Inhalte und die Praxis der yezidischen Religion, die der Autor im Vergleich mit zahlreichen anderen kurdischen und nah-östlichen Religionen darstellt, die Einfluss auf die Yezidi-Religion genommen haben, aber auch von dieser beeinflusst worden sind. **Bestellung: beim IMK e.V.**

Dokumentation: Trauma und Therapie Erfahrungen in der psychosozialen Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Gewalt

Mit Beiträgen von: Knut Rauchfuss, Imihan Zorlu, Hamidiye Ünal, Jutta Bierwirth, Cinur Ghaderi, Karin Griesse, Dr. med. Hubertus Adam, Dr. med. Joachim Walter, Salah Ahmad, Joachim Sobotta und Johannes Düchting
Das Internationale Zentrum für Menschenrechte der Kurden und die Medizinische Flüchtlingshilfe haben in den Jahren 2002 und 2003 eine Reihe von Fortbildungsveranstaltungen für MitarbeiterInnen und KollegInnen in der Arbeit mit Kriegs- und Gewaltopfern sowie für andere beruflich motivierte InteressentInnen durchgeführt.

Im Rahmen der Fortbildungsreihe stellten ExpertInnen aus unterschiedlichen Feldern der psychosozialen Arbeit ihre Erfahrungen im Umgang mit Opfern von Krieg und staatlicher Gewalt vor und referierten über Entstehungsbedingungen von Traumata, Therapiemethoden sowie über die vielschichtigen gesellschaftlichen Hindernisse in der Arbeit mit Betroffenen.

Ein Teil der Vorträge dieser Fortbildungsreihe, ergänzt um eigene Beiträge der HerausgeberInnen, haben zu diesem Buch geführt. Es soll dazu beitragen, die Diskussion um Methoden und Ziele psychosozialer Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Folter fortzuführen.

ISBN 3 – 933881 – 19 – 6, Zu beziehen über IMK e.V., Preis: 21,-- Euro (incl. Versandkosten)

"Mord im Namen der Ehre"

Entwicklung und Hintergründe von "Ehrenmorden" – eine in Kurdistan verbreitete Form der Gewalt gegen Frauen

Eine besonders verabscheuenswürdige Form der Gewalt gegen Frauen sind die "Morde im Namen der Ehre," die bis heute im Nahen Osten und vor allem auch in Kurdistan üblich sind, ja sogar in den letzten Jahren häufiger geworden zu sein scheinen. Immer wieder werden dort Frauen ermordet, nur weil sie in Konflikt mit den rigiden herrschenden Moralvorstellungen geraten sind.

Was sind die Gründe dafür, dass zahlreiche Frauen umgebracht werden, nur um die angeblich durch sie befleckte Familienehre zu reinigen? Stehen die "Ehrenmorde" mit dem Erstarken des Islam und seinen Moralvorstellungen im Zusammenhang? Warum sind diese Morde vor allem in Kurdistan zu beobachten, handelt es sich bei ihnen etwa um eine "kurdische Tradition"? Diesen Fragen gehen in diesem Buch zwei kurdische Wissenschaftlerinnen nach. Die Rechtsanwältin Hamiyet Izol untersucht das Phänomen in den türkischen Teilen Kurdistans, Dr. Mukaddes Sahin in den irakischen Teilen des Landes, vor allem in den sog. kurdischen Selbstverwaltungsgebieten, die schon vor dem Sturz des Saddam-Regimes dem Zugriff des Tyrannen entzogen waren. Johannes Düchting informiert darüber, wie das deutsche Flüchtlingsrecht mit Frauen umgeht, die Gefahr laufen, in ihrer Heimat Opfer von "Ehrenmorden" zu werden.

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: **12,-- Euro (incl. Versandkosten)**

AUSLÄNDER IM EIGENEN LAND - Die Situation staatenloser Kurden in Syrien

In der Provinz Hasaka wurde 1962 ca. 120.000 Kurden die syrische Staatsangehörigkeit entzogen, sie wurden so zu Staatenlosen, zu Ausländern im eigenen Land.

Die vorliegende Dokumentation beschäftigt sich mit der Situation dieser Bevölkerungsgruppe. Unser Ziel ist es, in einem ersten Schritt sowohl die Hintergründe ihrer Ausbürgerung als auch deren bis in die Gegenwart reichende Folgen darzustellen. Gezeigt wird, dass die Ausbürgerungskampagne von 1962 integraler Bestandteil der allgemeinen Arabisierungsbemühungen der syrischen Regierung gewesen ist und dass die syrische Politik gegenüber den (staatenlosen) Kurden bis in die Gegenwart durch diese Arabisierungslogik geprägt wird.

In einem zweiten Schritt wird aufgezeigt, gegen welche nationalen Gesetze und internationale Abkommen die syrische Praxis gegenüber Staatenlosen verstößt.

Dieser Teil der Studie schließt mit einer Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der Situation der Staatenlosen, die insbesondere an die syrische Regierung, aber auch an andere internationale Akteure gerichtet sind.

Die Situation der aus Syrien stammenden „staatenlosen“ Kurden hat inzwischen auch die deutschen Behörden und Gerichte beschäftigt. Immer mehr dieser Kurden gelingt die Flucht nach Europa und in die Bundesrepublik Deutschland, wo sie, um ihren Aufenthalt hier zu sichern, zumeist Asyl beantragen.

Lange Zeit spielte es in den Asylverfahren keine Rolle, ob es sich bei den Asylbewerbern um Kurden mit oder ohne syrische Staatsangehörigkeit handelte.

Etwa Anfang 2001 änderte sich jedoch die Rechtsprechung hinsichtlich dieses Personenkreises. Inzwischen werden in Deutschland Asylanträge, die sich darauf stützen, dass man staatenloser Kurde aus Syrien sei, regelmäßig abgelehnt. Da zur Situation staatenloser Kurden kaum Veröffentlichungen in deutscher Sprache vorliegen, hoffen wir mit unserer Dokumentation einen wichtigen Beitrag zu diesem Thema geleistet zu haben. Mit Beiträgen von Eva Savelsberg, Siamend Hajo und Celal Abbas Kömür sowie Johannes Düchting

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: 10,- Euro (incl. Versandkosten)

Drei Bücher des französischen Autoren Francois-Xavier Lovat aus Paris
Francois-Xavier Lovat bereiste im Jahr 1963 zum ersten Mal den Irak. Seitdem hat er drei Bücher herausgebracht, die wunderschöne und beeindruckende Fotos enthalten. Sie sind nachfolgend beschrieben:

KURDISTAN, Irak

140 wunderschöne Farbfotos – eine Ansammlung von Schnappschüssen mit kurzer historischer Beschreibung. Das Buch versucht auf, das tägliche Leben der Kurden im Irak, die zerrissen von zerstörerischen Kriegen und Opfer des doppelten Embargos der Vereinten Nationen und der Regierung von Bagdad sind, wiederzugeben.

Geschrieben in kurdischer, französischer und englischer Sprache.

(103 Seiten, €24,-- einschl. Versand)

KURDISTAN DEMOCRATIC PARTY

Dieses Buch, mit ca. 140 farbigen beeindruckenden Aufnahmen und Portraits sowie Fotos von zahlreichen Veteranen des historischen Marsches vom 27. April bis 18. Juni 1947, der sie nach dem Zusammenbruch der Mahabad Republik nach Russland in Sicherheit führte, beschreibt die Entwicklung der KDP von 1946 bis 1999.

Geschrieben in englischer und arabischer Sprache. (128 Seiten, €24,-- einschl. Versand)

KURDISTAN : LAND of GOD – GOTTESLAND

In diesem Buch mit 114 wunderschönen Farbfotos sind alle Religionen beschrieben, die Kurdistan zu einem einzigartigen Land Gottes gemacht haben. Im mittleren Osten, der Wiege aller Zivilisation und der monotheistischen Religionen, umgeben von Blutdurst und Gewalttätigkeit, im Zentrum der schlimmsten Massaker und der größten Toleranz, ist Kurdistan einzigartig.

Dieser Kreuzpunkt großer Wanderungsbewegungen und daher von intensivem wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Austausch, wurde mit seinen Bergen eine Zufluchtstätte für die Unterdrückten, die sehr oft Opfer von religiösen Verfolgungen waren. Diese Geographie hilft, die extreme Vielfalt der Religionen in Kurdistan zu verstehen.

Geschrieben in kurdischer, englischer und deutscher Sprache.

(140 Seiten, €34,-- einschl. Versand)

Alle drei Bücher können über das IMK bezogen werden.

ISSN 1438- 08 , Herausgeber: IMK e.V., Postfach 200738, D-53137 Bonn,

Telefon: + 49 228 362 802, Fax: + 49 228 36 32 97

e-mail: imkkurds@aol.com, Website: <http://www.kurden.de>

Verantwortlicher Leiter: Abubekir Saydam

Abonnementbedingungen (pro Jahr):

- Stiftungen, Parteien, Regierungen und internationale Organisationen sowie Gremien: 92,00 €
- Gerichte, Rechtsanwälte, Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingsberatungsstellen: 46,00 €
- Förderabonnement, Einzelpersonen und kleinere Vereine: 31,00 €

Bankverbindung : Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ: 370 205 00, Geschäfts-Konto: 83457 00

Spendenkonto: 83457 01

Für Auslandsüberweisungen: BIC: BFSWDE33

IBAN: DE82 3702 0500 0008 3457 00